

Meister des Subventionenkapitalismus

Euno gestorben

Der Generaldirektor der Sapag und ehemalige Reichsfanzler Euno ist am Dienstag morgen in Hamburg plötzlich gestorben.

Euno war ein Meister des Subventionenpolitik im Leben wie im Rechen, denn sein Weg führte aus dem Amt in die Privatwirtschaft, aus der Privatwirtschaft ins Reichsfanzlerpalais und von da aus wieder zurück zur Privatwirtschaft. Auf allen Stationen dieses Weges hat er Bekanntheit gemacht mit der Subventionspolitik.

Als er während des Krieges Generalreferent für kriegswirtschaftliche Fragen im Reichsfanzleramt war, wurde er beauftragt mit den Entschädigungen für die zu Kriegszwecken benutzte Handelstonnage. Bei den Verhandlungen darüber machte der Generaldirektor der Sapag, Pallin, die Bekanntheit Eunos und zugleich ein gutes Geschäft. Pallin, der niemals Geld zum Fenster hinausgeworfen hat, berief noch im Jahre 1917 Euno in die Verwaltung der Sapag. Er gab ihm ein Gehalt, das damals schon großes Aufsehen erregte.

Als nach dem Ende des Krieges Pallin Selbstmord beging, wurde Euno sein Nachfolger. Es begann die Periode des Weikens des Staates für die Interessen der Reeder. Die Reedereien erhielten zunächst eine Entschädigung für die alte Flotte. Das Reich zahlte zum ersten Male. Dann begann der Wiederaufbau der neuen Handelsflotte mit Reichsbeiträgen. Das Reich zahlte zum zweiten Male. Kurz vor Abschluss der Inflation auf ihrem Höhepunkt unter Eunos Reichsfanzlerschaft haben die Reedereien ihre Verpflichtungen aus den Reichsbeiträgen gegenüber dem Reich in Papiermark, also mit Pfennigbeträgen zurückgezahlt!

Bei den Verhandlungen um diese Subventionen hat Euno eine führende Rolle gespielt. Er hat das achtenswerte Kunststück fertiggebracht, den Staat für ein und dieselbe Sache zweimal bezahlen zu lassen.

Damit nicht genug. Nebenher lief noch die Angelegenheit der in Amerika zurückgehaltenen sogenannten Freigabeflotte. Nachdem das Reich die Reeder für die alte Flotte entschädigt und für die neue Flotte gezahlt hatte, gehörten diese Gelder von Reichs wegen dem Reich. Die wichtigsten Verhandlungen über die Freigabe erfolgten unter der Reichsfanzlerschaft Eunos. Bei diesen Verhandlungen er-

klärte der deutsche Vertreter den Amerikanern, daß diese Gelder nicht dem Reich, sondern den Reedern zustehen würden, und es wird behauptet, ob mit Recht oder Unrecht sei dahingestellt, daß diese Erklärung zur Freigabe geführt habe. Diese Millionenbeträge, die den Reedern zufließen, wurden aber nicht zum Wiederaufbau verwendet, sie flossen vielmehr zum Teil in die Taschen der Aktionäre!

Gegen Ende des Jahres 1922 war dieser in Subventionsverhandlungen so gewandte Mann Reichsfanzler geworden. Am Ende dieser Episode stand sein völliger Zusammenbruch als Politiker, der Nimbus eines der nationalen Retter Deutschlands war völlig zerstört.

Danach ging Euno zur Sapag zurück. Nun begann das große Duell zwischen Lloyd und Sapag, zwischen Stim-



ming und Euno. Stimming hatte auf dieselbe Weise wie Euno den Weg zum Lloyd gefunden. Bei diesem Duell blieb Stimming Sieger, aber beide waren abgekämpft und erschöpft. Die Rechnung dieses Kampfes erhielt das Reich präsentiert, bei der großen Bankensanierung wurden die Reederpflichtungen besonders ausgegliedert und eine besondere Sanierungsaktion wurde vorgenommen.

Im Zusammenhang mit der letzten Sanierung mußte sich Euno eine Einschränkung seines phantastischen Generaldirektorengeltes gefallen lassen. Das hat ihn so erbost, daß er von da an sein Heil bei den Nationalsozialisten suchte.

Sobiel unbeflimmter Subventionsgeist, sobiel wirtschaftliches Großmannstüm auf Kosten der Steuerzahler, sobiel politische Schlarlatanterie trägt in Deutschland den Ruf eines großen Wirtschaftsführers ein!

Der Kanzler des Ruhrkrieges

Über Eunos Rolle als Reichsfanzler wird uns geschrieben: Eunos Name wird mit der Ruhrbesetzung verknüpft bleiben, d. h. mit der Inflation, mit der restlosen Zerstörung des gesamten ersparten Volkvermögens. Es ist keine Entschuldigung für den vertragswidrigen Übergriff des französischen Imperialismus, wenn man feststellt, daß Euno alsbald nach seiner Ernennung zum Reichsfanzler der Exponent jener Kreise um Stinnes und Helfferich wurde, die diese Kraftprobe mit Voltaire förmlich herbeiführten. Manche wünschten sogar die Inflation und überhaupt den großen Ruhrabsturz herbei, um ihre Schulden loszuwerden, um ihre Korruption aufzuräumen, um ihre alte Vorherrschaft wiederzuerlangen und überhaupt die demokratische Republik zu beseitigen.

Als einer der ersten unter vielen hat er bewiesen, daß die vielgerühmten „Köpfe der Wirtschaft“ in der Regel unfähige Politiker und Staatsmänner abgeben. Als das Unheil der Ruhrbesetzung seinen Lauf nahm, fand er ihm hilflos gegenüber, sowohl innerpolitisch wie außenpolitisch, sowohl parlamentarisch wie diplomatisch. Er ließ sich von der „nationalen Welle“ tragen, fand nicht den Mut, den ursprünglich notwendigen passiven Widerstand durch diplomatische Verhandlungen rechtzeitig zu beenden. Nach einem halben Jahr war Deutschland ein Trümmerhaufen, und im August 1923 drückte das allgemeine Chaos.

In dieser verzweifeltsten Situation sprang die Sozialdemokratie zusammen mit dem Zentrum und mit Erenemann in die Bresche, um das Herbschlimmste zu verhindern. Schon nach acht Monaten mußte Euno nach seiner unheilvollen Gestalt als Rationalist abtreten.

Sunkulistische Bombenlager. Aus Barcelona wird gemeldet, daß am Dienstag ein neues Bombenlager entdeckt wurde. Die Zahl der Bomben beträgt 185. Außerdem wurde Material zur Herstellung von Explosivstoffen gefunden. Der Führer eines Kraftwagens, der Bomben transportierte, ist verhaftet worden. In der Provinz Katalunien wurden nicht weniger als 80 Bomben und Sprengkörper gefunden. Sie kamen zur Explosion. 150 Anarchisten sind verhaftet worden.

Bergarbeiterkämpfe in USA. In der Grubenorttschaft Ringaid (Illinois) kam es zwischen streikenden Grubenarbeitern und der Polizei zu blutigen Kämpfen. Zwei Arbeiter wurden getötet, zwei schwer verwundet. Eine unbeteiligte Frau wurde durch eine abirrende Kugel erschossen. Durch Bombenwürfe wurde großer Schaden angerichtet. In den Kohlenrevieren ist die Bevölkerung durch diesen Vorfall sehr beunruhigt.

werden, weil man ihnen nicht traute. Die Leute setzten sich zur Wehr, und es schloß sich unter den Gaskriegern zu einer förmlichen Schlacht mit Gummikugeln, bei der es schwere Verletzungen abgab. Der Führer der SS, erklärte, er behaupte, daß es bei den Herrenschießen Nationalsozialisten noch keine Gänge gäbe, wie sie sich in Deutschland seit langem „gut bewährt“ habe.

Das Magdeburger Verbrechen. Der SA-Mann Buel, der zu Neujahr den Rätebalken Parteiführer niederschaltete, ist am Dienstag von der Polizei verhaftet worden. Der tapfere Held erzählt der Polizei, er sei „angehetzt“ gewesen und habe die Tat aus „Witzsucht“ begangen.

eine Zusammenkunft der wichtigsten Parteiführer feierte. Dort sprach Pribitschewitsch ohne Umschweife aus, daß am Ende der katastrophalen Entwicklung seit dem Staatsstreich vom 6. Januar 1929 nur die Republik stehen könne und ein Neuaufbau des Staates auf föderativer Grundlage. Die sogenannte „große Presse“ Frankreichs hat mitnehmend, die es aus durchsichtigen Gründen mit der Diktatur und dem Karadjewitsch hält, rief Pribitschewitsch die französische Demokratie auf, die jugoslawische Demokratie in ihrem Freiheitskampf politisch und moralisch zu unterstützen. Aber seine Worte sollten auch in Deutschland nicht ungehört verhallen.

Es gibt namentlich in Wien, eine Spielart jugoslawischer, vor allem kroatischer Emigranten, die jeden Menschen von Verstand und Gehirne abstoßen müssen. Das sind schwarz-gelbe Reaktionen, die den Untergang des Habsburgerreiches beweisen und sich mit allen Kräften der europäischen Gegenrevolution, mit italienischen Faschisten, magyarischen „Erwachenden“, bulgarischen „Ragebonifizierenden“, österreichischen Monarchisten und deutschen Gaskriegern, zu verbünden bereit sind, nicht um die Belgrader Diktatur zu kämpfen, sondern um die jugoslawische Staatseinheit zu zerstören, was ein erregendes Beginnen ist. Daß ein in Berlin residierendes „Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Jugoslawiens“ zur Unterstützung dieser separatistischen Mächte aufruft, rundet das Bild lieblich ab.

Am Ende trägt aber durch seine finanzielle und moralische Unterstützung des Belgrader Regimes das republikanische Frankreich auch die Schuld daran, daß diese Verruchten einen guten und gerechten Kampf, den für die Demokratie gegen die Diktatur, fälschen und verwirren dürfen.

Parlamentauflösung in Irland

Die Arbeiterpartei wieder unabhängig

S. London, 4. Januar. (Eig. Funk.) Der Entschluß der irischen Regierung De Valera, das Parlament in Irland aufzulösen und Neuwahlen am 24. Januar stattfinden zu lassen, hat die irische Arbeiterpartei aus ihrer schwermütigen Lage befreit. Mit ihnen sieben parlamentarischen Mitgliedern bildete sie das Jünglein am der Waage. Ohne sie konnte die nationalistische Regierung des irischen Freistaates keine Mehrheit im Parlament bilden und ohne sie daher nicht bestehen. Jetzt war sie vor das Problem gestellt: entweder das Regime De Valeras weiter zu bilden und sich herabzusetzen im Staatsdienst in den Hauf zu nehmen oder ihm die Unterstützung zu verweigern, dafür aber ein anerkannt reaktionäres Regime dem Volke aufzubürden.

Vorherhand ist die irische Arbeiterpartei nun wieder im Besitz ihrer vollen Selbstständigkeit. Nach den Worten ihres Führers Parson wird sie den Wahllampf als eine unabhängige Arbeiterpartei austragen.

SA-Führer befehlen Verbrechen

Bekennnis der Unterführer - Die Zersekung im braunen Lager

Dem Vorwärts wird aus Kiel gemeldet:

Im Zusammenhang mit der Kudenanbersekung in der Rappartei werden die ernstlichen Dinge bekannt. Budgetretene Unterführer der SA, erklären an Eidesstatt, daß sie trotz der Legalitätsschwüre Dillers fortgesetzt zur Illegalität durch ihre Führung angehalten wurden. Die SA war und ist bewaffnet. Die Waffenkäufe erfolgten illegal und durch die SA-Unterführer, denen die Rückhaltung des Geldes versprochen wurde.

Das Versprechen wurde nicht eingehalten. Dafür erhielten die SA-Unterführer Sammelbüchsen und Sammellisten, mit denen sie die Zersekung der von ihnen gemachten Schulden zusammenstellten. Interessant ist die Mitteilung, daß ein Stabschef der SA den Befehl gab, daß der Diller Volkzeitung gehörende Zeitungsausgabe, das zwischen Kiel und Neumünster verkehrt, in die Luft zu sprengen. Der Sprengstoffanschlag wurde durch einen nebenläufigen Zwischenfall im letzten Augenblick verhindert.

Nicht angeführt wurde auch der Befehl eines Stabschefs, daß Kameien eines Landwirts, der auf seinem Guts eine Fahne der Eisernen Front schickte, in Brand zu stecken.

Da es sich bei diesen Verbrechen um Sprengstoffanschläge und Verbrechen gegen das Leben handelt, sind die Schuldigen der Staatsanwaltschaft angezeigt worden.

SA schlägt sich ...



„Das Leben ist zu fraglich. Heute noch sitzen wir friedlich beim Bier, morgen stehen wir uns wie leicht als Todfeinde gegenüber.“

Heller Aufruhr - Schlägereien

S. Breslau, 3. Januar. (Eig. Draht.) Die innere Zersekung der NSDAP macht auch in Schlesien den Tag zu Tag wahrnehmbare Fortschritte. Wie aus Reichenbach berichtet wird, befindet sich im Gutsengebiet die SA in heller Aufruhr. Der bisherige Stabschef Danisch in Reichenbach wurde abberufen, weil er mißliche Meinungen über etliche NSDAP-Organisationen in Breslau äußerte bei der letzten Zusammenkunft der SA in der Gegenwart von Reichenbach und Langenbielau sein. Die SA-Reute stehen geschlossen hinter ihrem abgesetzten Führer und verlangen stänlich dessen Wiedereinsetzung. Es ist den Gutsengewerkschaften aus Breslau gelungen, den von ihnen unvorsichtigerweise in Reichenbach eingeleiteten Sturm zu befruchtigen, ist angeführt der allgemeinen Erbitterung in der schlesischen SA höchst fraglich.

W. Stuttgart, 3. Januar. (Eig. Draht.) Bei einer Zusammenkunft der Nationalsozialisten, die in der Silbersternzeit in ihrem Stuttgarter Brauenhaus stattfand, hat sich nach dem Bericht des „NS-Auriers“ eine „herzerfröhlende Stimmung“ gezeigt. Wie die Schwäbische Tagwacht dazu bemerkt, hat diese Stimmung darin bestanden, daß in der Silbersternzeit dort eine wüste Schlägerei losgegangen ist. Die Männer von der SA und SS vergewaltigten sich gegenseitig das Fell. Unter den Gründen an dieser Schlägerei spielte auch die Politik eine Rolle. Die Meinungsverschiedenheiten über Gregor Straher waren so groß, daß sie nur noch mit den Häuten ausgezogen werden konnten und daß die Polizei erscheinen mußte, und zwar gerufen von einer der streitenden Parteien selbst!

200 Unterschlagungen in Halle

M. Halle, 3. Januar. (Eig. Draht.) Die NSDAP will die Partei der anständigen Leute sein. Wie diese Anständigkeit aussieht, das wurde in einer am Montag stattgefundenen Zellensammlung der Halle'schen Rappartei offenbar. Dort wurde vom Kassenswart bekanntgegeben, daß sich der NSDAP (Parteigericht) in den nächsten Tagen mit über 200 Unterschlagungsfällen zu beschäftigen haben wird. Weit über 200 dieser anständigen Leute haben das Geld, das sie auf Opferkarten und Sammellisten zusammengebracht haben, trotz energischer Aufforderung nicht an die Parteikasse abgeliefert, so daß dort vollständige Ebbe herrscht. Außerdem wurden vier Zeitungshändler beschuldigt, das von ihnen laffierte Zeitungsgeld unterschlagen zu haben. Auch in der braunen Winterhilfe sind zahlreiche Unregelmäßigkeiten festgestellt worden. Die Folge ist, daß auch noch die wenigen Geschäftleute, die bisher die Auffegung einer Sondersteuer für die Hitlerer hinnahmen, sich weigern, weitere Spenden zu leisten oder Opferkarten der Gutsleitung zu entnehmen. Volles Mut über das Bekanntwerden dieser Schmeinerlei hat der Reichsleiter die Schaffung eines besonderen Ueberwachungsdienstes angeordnet, um herauszubekommen, auf welche Weise das Halle'sche Volksblatt in den Besitz des Materials aus dem braunen Sumpf kommt!

Braune Bruderschlächterei

A. Wien, 4. Januar. (Eig. Funk.) Die Arbeiterzeitung setzt ihre Enthüllungen über die Stabschefs im Herrenschießen Magdeburger fort. Sie bringt den genauesten Bericht über eine SA-Versammlung in Wien, bei der es zu stänlichen Mordritten und zu einer blutigen Schlägerei kam. Im Gutsengewerkschaften herrscht volle Aufregung über die Enthüllungen; einer verächtlich den anderen des Verrats. Am Dienstag sollen beim Kampf der Sozialisten 12 Mann durch SA-

Chinas Notruf nach Genf

T. Genf, 3. Januar. (Eig. Draht.) Durch bringende Telegramme teilt die chinesische Regierung dem Völkerbund das Eindringen starker japanischer Truppenmassen mit schwerer Artillerie und Flugzeugen in die nordchinesische Provinz Jehol mit. Um Schanghaiwan werde noch heftig gekämpft. Besonders demotiviert die Regierung, daß die japanischen Truppen den Widerstand der Verteidiger der Stadt überwunden hätten. Es wird darauf hingewiesen, daß diese Offensiven an der menschlichen Front der Provinz Jehol seit Wochen planmäßig vorbereitet worden sei.

Die japanische Delegation macht den Völkerbund darauf aufmerksam, daß die „Abwehrmaßnahme“ gegen die Provinz Jehol durch chinesische Truppenzusammenschlüsse an der menschlichen Grenze „provokiert“ worden sei.

Der Bericht an den Völkerbund

S. London, 4. Januar. (Eig. Funk.) Die chinesische Regierung hat dem Völkerbund erneut Mitteilung von den Kämpfen um Schanghaiwan gemacht, aber keine Protestnote an Japan gerichtet — und sie wird das nicht tun, bevor die Lage geklärt ist. Inzwischen hat sie den Truppen weitere Anweisungen gegeben, jeden Angriff auf die chinesischen Streitkräfte Widerstand zu leisten.

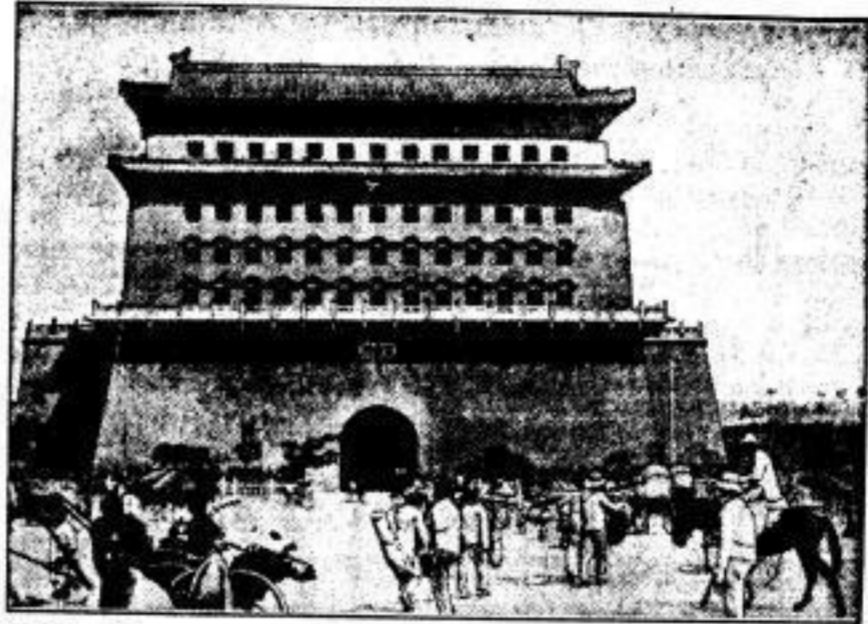
Japan behauptet, in Schanghaiwan hätten die Chinesen das Feuer eröffnet im Verfolg der chinesischen Politik, den Völkerbund zum Eingreifen zu bringen. — Es ist nicht ersichtlich, welcher Grund zu einer solchen Behauptung Japans bestehen könnte.

Protest der französischen Sozialisten

P. Paris, 3. Januar. (Eig. Draht.) Das Eindringen der Japaner in chinesisches Gebiet und die Kämpfe um die Stadt Schanghaiwan haben den sozialistischen Abgeordneten Fontanier veranlaßt, dem Ministerpräsidenten mitzuteilen, daß er ihn nach der Wiedereröffnung der Kammer über den chinesischn-japanischen Konflikt und die Haltung Frankreichs im Völkerbund interpellieren werde.

Der sozialistische „Populaire“ hat am Dienstag auf den Ernst des erneuten Vorgehens Japans hingewiesen und erklärt:

„Wird die französische Regierung gegenüber dem japanischen Imperialismus dieselbe Politik der Feindschaft verfolgen wie die Regierungen Tardieu, Laval und Herriot? Wird sie ebenso wie die früheren Regierungen die Sache des Friedens verraten? Wir erwarten eine klare und feste Antwort. Eine Antwort, die der Welt die Hoffnung gibt, daß noch Regierungschefs vorhanden sind, die die schönen Worte, die sie so oft ausprechen, in Taten umzusetzen verstehen. Japan ist im Begriff, einen furchtbaren Krieg zu entfesseln. Um es daran zu hindern, gibt es nur ein Mittel: Die Drohung mit dem Abbruch der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen. Ist die französische Regierung gegenüber den Annoncenhändlern und den Bankiers unabhängig genug, um diese Handlung zu vollziehen, von der der Frieden im Fernen Osten abhängen kann?“



Japans Vormarsch auf Peking

Raum 24 Stunden war das neue Jahr alt, als die ersten Kämpfe zwischen Japanern und Chinesen um die Provinz Jehol begannen. Die Japaner haben bereits die südlich der Chinesischen Mauer gelegene Stadt Schanghaiwan eingeschlossen (sie behaupten sogar auch eingenommen) und traten von hier aus den weiteren Vormarsch auf Peking an. Die chinesische Regierung will 300.000 Mann unter dem Oberbefehl des Marschalls Tschiangkaiſchek gegen die Eindringlinge in Peking legen. Links: Marschall Tschiangkaiſchek, der Oberbefehlshaber der chinesischen Armee. Rechts: Qianmen Gate, das Haupttor des bedrohten Peking.

Wirdheke der SA-Führer

R. Köln, 4. Januar. (Eig. Funkdruck.) Die erste Kundgebung der Nationalsozialisten nach dem Burgfrieden in der Kölner Reichshalle zeigte, daß die politisch bankrotten Führer zu den kräftigsten Mitteln antisemitischer Anreizerei und Drohungen mit Gewalt zurückgreifen, um die verbrecherischen Naturen ihrer SA bei Laune und Hoffnung zu erhalten. In der heftigen Verleumdung schimpfte der Gauleiter Grohe minutenlang auf den Reichstagskanzler Schleicher, dessen Kabinett von der Judenenschaft Deutschlands, von den Banken und Kirchen gefeiert werde. Schleicher sei nach wie vor Führer einer Judenrepublik. Dann kam die folgende unverhüllte Aufforderung zu Gewalttaten der SA-Verbrecher gegen Juden und Marxisten:

„Und nicht zuletzt wird die Garantie für den Sieg unseres Weges auch in der Tatsache liegen, daß sich unsere Bewegung mit ihrer SA und SS jenes Machtmittel geschaffen hat, das in der Weltgeschichte bei allerley Entschreibungen immer noch eingesetzt werden mußte. (Beifall.) Deshalb sei es am heutigen Tage gesagt: Wir sind bereit, zu jeder Zeit der Kraft und der Idee der Kraft an andere Mittel zur Seite zu stellen.“

Die Vorbereitung politischer Gewalttaten wurde noch verdeutlicht durch eine begeisterte Vorbereitung des politischen Mordes.

Grohe meldete in bewegten Worten seinen Besuch bei dem politischen Mörder Konrad im Justizhaus zu Reinbach, und die Verleumdungen ließen, genau wie Hitler durch sein Telegramm an die Weltbetrüben von Botempo, seinen Zweifel darüber, daß sie sich mit den politischen Mordtaten solidarisch erklären. Der von der Versammlung gefeierte Konrad hat wegen Totschlags, Bedrohung und Verbrechen gegen das Brechtengesetz im Justizhaus. Es ist zweifellos, daß durch Reden wie die des Grohe verbrecherische Elemente zu Gewalttaten angezogen werden müssen.

Auch der Westdeutsche Beobachter hegt zu Gewalttaten, wenn er in seiner heutigen Morgen Ausgabe schreibt: „Das Novemberfest und seine getarnten Fortsetzer haben nur noch eine Wahl: sie kapitalisieren entweder freiwillig, oder sie werden von den Revolutionsschlägen unserer Kraft zu Beiegeschlagen werden.“

Wieder ein Kameradenmord

M. Braunschweig, 4. Januar. (Eig. Funk.) In Hildfeld im Harz hat der SA-Mann Wilderath seinen Kameraden, den SA-Mann Vode, im Streit erschossen. Wilderath, der nicht im Besitz eines Waffenscheines ist, wurde festgenommen.

Berliner Produktenbörse vom 3. Januar

2. 1.		3. 1.	
Tab. märkliche Station in Markt		2. 1.	3. 1.
Weizen	188-191	186-188	
Roggen	155-157	154-156	
Brotgetreide ..	165-175	165-175	
Hafer	115-120	114-118	
ausländische ..	158-161	158-161	
Wassermehl	115-120	114-118	
Wassermehl	8 25-26 25	13 25 26 25	
Roggenmehl	19 60-21 8	19 60 21 80	
Weizenmehl	8 80 9 20	8 80 9 20	
Wassermehl	8 70-8 90	8 70 9 00	

Gandelsrechtliche Lieferungsverträge am 4. Januar:
 Weizen 188-189; Roggen 185-188; Wasser 203 1/2, 204 1/2, 204 1/2, 204 1/2;
 Mai 196 207-2 1/2. Tendenz: stetig. — Roggen 151-154 (151-1 1/2);
 Mai 163 1/2, 163 1/2, 164 1/2, Mai 166 1/2, 167 1/2 (167 1/2, 167 1/2);
 Tendenz: ruhig. — Hafer 114-118 (114-118); Mai 128 1/2, 128 1/2 bis 12 1/2, Mai 124 1/2, 124 1/2, Gold 12 6-12 1/2. Tendenz: ruhig.

Wasserstände der Eger, Elbe und Moldau

2. 1.		3. 1.	
Mohau	3. 1.	4. 1.	
Wolbau, Komau	4	1	
Moldau, Dobran	21	26	
Eger, Langen	24	25	
Eger, Hainburg	30	12	
Elbe, Brannowitz	54	56	

Melchitz 3. 1. 4. 1.
 Elbe, Melchitz .. 29 .. 24
 Weitzsch 29 .. 28
 Müllitz 39 .. 37
 Harna 101 .. 100
 Trebbin 192 .. 192

Dresdner Kalender

Theater am 5. Januar

- Obernhaus**
 (20) **Der erste Mann** (aus dem 1. Teil): Die Tante Luise. Operette von Hoffmann, Musik von Hoffmann. Operette von Hoffmann, Musik von Hoffmann. Operette von Hoffmann, Musik von Hoffmann.
- Schauspielhaus**
 (20) **Der erste Mann** (aus dem 1. Teil): Die Tante Luise. Operette von Hoffmann, Musik von Hoffmann. Operette von Hoffmann, Musik von Hoffmann.
- Librettotheater**
 (20) **Der erste Mann** (aus dem 1. Teil): Die Tante Luise. Operette von Hoffmann, Musik von Hoffmann. Operette von Hoffmann, Musik von Hoffmann.
- Centraltheater**
 (20) **Der erste Mann** (aus dem 1. Teil): Die Tante Luise. Operette von Hoffmann, Musik von Hoffmann. Operette von Hoffmann, Musik von Hoffmann.
- Städtisches Theater**
 (20) **Der erste Mann** (aus dem 1. Teil): Die Tante Luise. Operette von Hoffmann, Musik von Hoffmann. Operette von Hoffmann, Musik von Hoffmann.

Letzte Nachrichten

Malgin verloren, Mannhaft gerettet

Berlin, 4. Januar. (Eig. Funk.) Die Besatzung des sowjetrussischen Eisbrechers Malgin ist nach den letzten Meldungen aus Nordau gerettet. Der Eisbrecher ist nicht mit einem Eisberg zusammengestoßen, sondern auf Felten aufgelaufen. Der Versuch des Eisbrechers Sedow, den Malgin wieder flott zu bekommen, ist mißlungen.

Französischer Riesendampfer brennt im Kanal

Die Rettungsarbeiten im Ganpe

wtb. Paris, 4. Januar. Vom Leuchtturm von Le Havre wird mitgeteilt, daß der französische Dampfer „Atlantique“, der ohne Passagiere nach Le Havre unterwegs war, Feuer fing und von der Besatzung geräumt werden mußte. Der Dampfer ist 40.000 Tonnen groß.

Bei der Kanaburg-Amerika-Linie ist ein Funkpruch ihres auf der Heimreise nach Hamburg befindlichen Motorschiffes „Kubr“ eingetroffen, wonach von der „Kubr“ 80 Mann Besatzung des brennenden französischen Dampfers „Atlantique“ im Kanal aufgenommen worden sind. Die Boote des deutschen Motorschiffes sind noch mit Rettungsarbeiten beschäftigt.

Der Brand brach heute früh 6 Uhr aus. An Bord des Schiffes befanden sich 260 Mann Besatzung. Ein englischer Dampfer befindet sich gleichfalls in der Nähe der „Atlantique“. Weitere Hilfskräfte sind von Hamburg gefordert worden. Der Brand auf dem Schiff dauert an.

Dank aus Frankreich

wtb. Paris, 4. Januar. Ministerpräsident Paul Boncour hat den Minister für Handelsmarine ersucht, der Mannschaft des Dampfers „Kubr“ seinen Dank für die Rettung von Besatzungsangehörigen der „Atlantique“ zu übermitteln.

Der Uebersiedeldampfer „Atlantique“, der den Dienst zwischen Bordeaux und Buenos Aires versieht, ist der zweitgrößte der französischen Handelsflotte. Der Bau der „Atlantique“ war besonders kostspielig gewesen, da man sie mit allem nur erdenklichen Komfort ausgestattet hat.

Eisenbahnunglück bei Lillo

wtb. Paris, 4. Januar. Bei Lillo sind gestern zwei Arbeiter bei Zusammenstoßen 18 Arbeiter bei verhänglich verunglückt worden.

China räumt Schanghaiwan

wtb. Peking, 4. Januar. Nach einer amtlichen Meldung haben die chinesischen Truppen Schanghaiwan mit der Eisenbahn verlassen. Sie ordnen sich gegenwärtig unter dem Schutz eines Panzerzuges. — In Verantwortung der japanischen Seite, die ihm die Verantwortlichkeit für alle Folgen des Zwischenfalls aufbürdet, macht General Tschiangkaiſchek die Japaner für alle Ereignisse verantwortlich und ersucht sie, von nun an alle ihre Mitteilungen an die chinesische Regierung zu richten. Die japanischen Behörden in Nordchina haben Anweisung erhalten, mit dem Vertreter Tschiangkaiſchangs zu verhandeln und den Zwischenfall von Schanghaiwan zu lokalisieren. Die japanische Abordnung in Genf wird dem Völkerbund davon Mitteilung machen.

Aus Schanghai wird gemeldet, daß die Japaner die Stadt Poganantſchaja, die manövrierfähige Endstation der ostchinesischen Bahn, besetzt haben.

Flucht vor Not in den Tod mit Frau und Kindern

Berlin, 4. Januar. (Eig. Funk.) Aus Wittensau bei Berlin wird eine furchtbare Familientragödie gemeldet, die sich heute morgen ereignet hat. Dort wurde in dem Garten seines Grundstücks der 49jährige Molkereibesitzer Duffin an einem Baum erhängt und erschossen aufgefunden. Im Schlafzimmer fand man den 21jährigen Sohn ebenfalls erschossen auf, während der 18jährige Sohn mit einer schweren Schußverletzung in lebensgefährlichem Zustand in seinem Bett vorgefunden wurde. In der Küche lag die Frau des Molkereibesitzers, eine 44 Jahre alte Frau, mit schwerer Gasvergiftung.

Nach dem vorläufigen Befund muß der Molkereibesitzer im Einverständnis mit seiner Frau die Tötung der Kinder und den gemeinsamen Selbstmord verübt haben. Seine wirtschaftlichen Verhältnisse waren vollkommen gerüttelt.

Werkstattnau, 4. Januar. Tödtlich verunglückt

Der 26 Jahre alte Gattlergehilfe Erich Koch aus Schlegel wurde während seines Weihnachtsturlaubs infolge Glatteis ausgereißt und schwer auf den Hinterkopf gefallen. Am Montag lag er über Kopf schmerzend und legte sich auf das Sofa, wo er einige Stunden später tot aufgefunden wurde.

Eisenbahnunfall

Im Bahnhof Letmathe (Westfalen) fuhr ein Güterzug auf einen Personenzug auf; der Zugführer des Personenzugs verunglückte tödtlich, die beiden Lokomotivführer und zwei Reisende erlitten Verletzungen.

Berlin Halbesee. Heute (20) in neuer Einleitung durch Herrn ...

Wirtschaftliche Arbeiter-Interessentur. Die Arbeiter und die ...

Infolge eines Unglücksfalls entfiel am 31. Dezember 1932, abends 6 1/4 Uhr, im Stadtkrankenhaus zu Freiberg mein lieber, treuforgender Gatte, mein guter Vater, unser unvergesslicher Sohn, Bruder, Schwiegerjohn und Schwager

Otto Kunze

im 44. Lebensjahre.
Beifahrer
Dresden K. Mohrstraße 33.

In tiefer Trauer: **Hedwig Kunze geb. Ehrlich**
Herbert Kunze
zugleich im Namen aller Angehörigen.

Die Einäscherung findet am Sonnabend, dem 7. Januar 1933, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium zu Dresden-Lohmeisig statt.

Lederjacken

Sehr schöne Modelle 1933
nur **21**
Mr. Brüdernasse
Fürw. 22, r. 10-Mal.

Männer! + Schutz

für die Gesundheit:
Zusammenstricken
Alle von Hummeln
Ingenieur-Verkauf

Freisleben
Postplatz 1355
Filiale: Waisstraße 4

Lest die
Volkszeitung!

Hierdurch die tieftraurige Nachricht, daß am 2. Januar plötzlich und unerwartet mein innigstgeliebter, treuforgender Gatte, mein guter Vater

Herr Richard Emil Herbert Jabell

Abteilungsleiter
im Alter von 42 Jahren für immer von uns gegangen ist.
Dresden-Coschütz, am 4. Januar 1933.
Reimnandorfer Straße 31, I. In tiefstem Schmerz

Minna verw. Jabell geb. Wächter und Sohn Herbert.
Geliebt, beweint und unversehrt!

Die Einäscherung findet am Sonnabend, dem 7. Januar 1933, nachmittags 1/2 Uhr, im Krematorium zu Dresden-Lohmeisig statt. Kranzsenden bitte dort abzugeben.

Amtliches

Einleitung der Steuerabzugsbelege für das Kalenderjahr 1932

Der Arbeitgeber hat für sämtliche Arbeitnehmer, für die die Lohnsteuer im Uebernahmungs- oder Schenkungsverfahrens abgeführt worden ist, Steuerabzugsbelege wie für 1931 auszusenden, und zwar

a) für die am 31. Dezember 1932 bei ihm in einem Dienstverhältnis stehenden Arbeitnehmer durch Ausstellung der „Lohnsteuerabzugsbelege“ auf der Rückseite der Steuerkarte 1932.

b) für die vor dem 31. Dezember 1932 ausgesendeten „Lohnsteuerabzugsbelege“ voranzusetzen, daß der Arbeitgeber für diese Arbeitnehmer bei Auscheiden aus dem Dienst im Laufe des Jahres 1932 eine „Lohnsteuerabzugsbeleg“ auf der zweiten Seite der Steuerkarte 1932 irtümlich oder auf Versehen des Arbeitnehmers nicht ausgesendet hat.

Zusätzliche Ausfüllung der Vorbrücke ist höchstens erforderlich, insbesondere sind die Nummern der Steuerarten 1932 bzw. 1933 an den vorgeschriebenen Stellen genau anzugeben. Die Steuer und vom Arbeitgeber nach Lohnsteuerabzug der Arbeitnehmer geordnet — bis zum 15. Februar 1933 abzuliefern, und zwar

die auf die Steuerarten für 1932 stehenden Lohnsteuerabzugsbelege an das Finanzamt, in dessen Bezirk die Steuerarten 1932 ausgesendet worden sind. Zur ersten Hälfte ist daher die Steuerarten 1932 dem Arbeitnehmer nicht auszusenden. Die Lohnsteuer im Uebernahmungsverfahrens, abgesehen von den Lohnsteuerabzugsbelegen der Einkommensteuerarten und Einkommensteuerarten 1932 mit Einkommensteuer bis zum 15. Februar 1933 an das Finanzamt abzuliefern, in dessen Bezirk sie am 31. Oktober 1932 ihren Wohnsitz hatten. Dabei haben die die Nummer der Steuerarten für 1932 und die Besondere, die diese Steuerarten auszeichnet hat, anzugeben.

Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die öffentliche Anforderung zur Einreichung der Steuerabzugsbelege in den Arbeits- und Geschäftsräumen durch Anschlag allgemein bekanntzumachen. Zur Einreichung der Einkommensteuerarten und Einkommensteuerarten sind die Arbeitgeber nach Vereinbaren geordnet an die für die Arbeitnehmer zuständigen Finanzämter einzuliefern.

Für alle Arbeitnehmer, deren Arbeitslohn im Kalenderjahr 1932 2000 RM. übersteigt, sind bis zum 31. Januar 1933 Lohnsteuerabzugsbelege nach ihrem Wohnsitz auszusenden.

Alle Mängel ist aus einem Wertbrief ersichtlich, das ebenso wie die Vorbrücke für die Lohnsteuerabzugsbelege und Lohnsteuerarten bei den Finanzämtern (Finanzamt Dresden-N., S. 1; Waisstraße 11, Finanzamt Dresden-Süd, S. 2; S. 3; S. 4) zu entnehmen werden kann. Im Übrigen erteilen die Finanzämter weitere Aufklärung. Dresden, am 3. Januar 1933.
Der Rat zu Dresden, Steueramt.

Getränkesteuer

Die Getränkesteuerabgaben sind bis zum 10. Tage jedes Monats für die im vorangehenden Monat abgegebenen steuerbaren Getränke, also für den Monat Dezember 1932 bis zum 10. Januar 1933, beim Finanzamt, S. 1, S. 2, S. 3, S. 4, S. 5, S. 6, S. 7, S. 8, S. 9, S. 10, S. 11, S. 12, S. 13, S. 14, S. 15, S. 16, S. 17, S. 18, S. 19, S. 20, S. 21, S. 22, S. 23, S. 24, S. 25, S. 26, S. 27, S. 28, S. 29, S. 30, S. 31, S. 32, S. 33, S. 34, S. 35, S. 36, S. 37, S. 38, S. 39, S. 40, S. 41, S. 42, S. 43, S. 44, S. 45, S. 46, S. 47, S. 48, S. 49, S. 50, S. 51, S. 52, S. 53, S. 54, S. 55, S. 56, S. 57, S. 58, S. 59, S. 60, S. 61, S. 62, S. 63, S. 64, S. 65, S. 66, S. 67, S. 68, S. 69, S. 70, S. 71, S. 72, S. 73, S. 74, S. 75, S. 76, S. 77, S. 78, S. 79, S. 80, S. 81, S. 82, S. 83, S. 84, S. 85, S. 86, S. 87, S. 88, S. 89, S. 90, S. 91, S. 92, S. 93, S. 94, S. 95, S. 96, S. 97, S. 98, S. 99, S. 100, S. 101, S. 102, S. 103, S. 104, S. 105, S. 106, S. 107, S. 108, S. 109, S. 110, S. 111, S. 112, S. 113, S. 114, S. 115, S. 116, S. 117, S. 118, S. 119, S. 120, S. 121, S. 122, S. 123, S. 124, S. 125, S. 126, S. 127, S. 128, S. 129, S. 130, S. 131, S. 132, S. 133, S. 134, S. 135, S. 136, S. 137, S. 138, S. 139, S. 140, S. 141, S. 142, S. 143, S. 144, S. 145, S. 146, S. 147, S. 148, S. 149, S. 150, S. 151, S. 152, S. 153, S. 154, S. 155, S. 156, S. 157, S. 158, S. 159, S. 160, S. 161, S. 162, S. 163, S. 164, S. 165, S. 166, S. 167, S. 168, S. 169, S. 170, S. 171, S. 172, S. 173, S. 174, S. 175, S. 176, S. 177, S. 178, S. 179, S. 180, S. 181, S. 182, S. 183, S. 184, S. 185, S. 186, S. 187, S. 188, S. 189, S. 190, S. 191, S. 192, S. 193, S. 194, S. 195, S. 196, S. 197, S. 198, S. 199, S. 200, S. 201, S. 202, S. 203, S. 204, S. 205, S. 206, S. 207, S. 208, S. 209, S. 210, S. 211, S. 212, S. 213, S. 214, S. 215, S. 216, S. 217, S. 218, S. 219, S. 220, S. 221, S. 222, S. 223, S. 224, S. 225, S. 226, S. 227, S. 228, S. 229, S. 230, S. 231, S. 232, S. 233, S. 234, S. 235, S. 236, S. 237, S. 238, S. 239, S. 240, S. 241, S. 242, S. 243, S. 244, S. 245, S. 246, S. 247, S. 248, S. 249, S. 250, S. 251, S. 252, S. 253, S. 254, S. 255, S. 256, S. 257, S. 258, S. 259, S. 260, S. 261, S. 262, S. 263, S. 264, S. 265, S. 266, S. 267, S. 268, S. 269, S. 270, S. 271, S. 272, S. 273, S. 274, S. 275, S. 276, S. 277, S. 278, S. 279, S. 280, S. 281, S. 282, S. 283, S. 284, S. 285, S. 286, S. 287, S. 288, S. 289, S. 290, S. 291, S. 292, S. 293, S. 294, S. 295, S. 296, S. 297, S. 298, S. 299, S. 300, S. 301, S. 302, S. 303, S. 304, S. 305, S. 306, S. 307, S. 308, S. 309, S. 310, S. 311, S. 312, S. 313, S. 314, S. 315, S. 316, S. 317, S. 318, S. 319, S. 320, S. 321, S. 322, S. 323, S. 324, S. 325, S. 326, S. 327, S. 328, S. 329, S. 330, S. 331, S. 332, S. 333, S. 334, S. 335, S. 336, S. 337, S. 338, S. 339, S. 340, S. 341, S. 342, S. 343, S. 344, S. 345, S. 346, S. 347, S. 348, S. 349, S. 350, S. 351, S. 352, S. 353, S. 354, S. 355, S. 356, S. 357, S. 358, S. 359, S. 360, S. 361, S. 362, S. 363, S. 364, S. 365, S. 366, S. 367, S. 368, S. 369, S. 370, S. 371, S. 372, S. 373, S. 374, S. 375, S. 376, S. 377, S. 378, S. 379, S. 380, S. 381, S. 382, S. 383, S. 384, S. 385, S. 386, S. 387, S. 388, S. 389, S. 390, S. 391, S. 392, S. 393, S. 394, S. 395, S. 396, S. 397, S. 398, S. 399, S. 400, S. 401, S. 402, S. 403, S. 404, S. 405, S. 406, S. 407, S. 408, S. 409, S. 410, S. 411, S. 412, S. 413, S. 414, S. 415, S. 416, S. 417, S. 418, S. 419, S. 420, S. 421, S. 422, S. 423, S. 424, S. 425, S. 426, S. 427, S. 428, S. 429, S. 430, S. 431, S. 432, S. 433, S. 434, S. 435, S. 436, S. 437, S. 438, S. 439, S. 440, S. 441, S. 442, S. 443, S. 444, S. 445, S. 446, S. 447, S. 448, S. 449, S. 450, S. 451, S. 452, S. 453, S. 454, S. 455, S. 456, S. 457, S. 458, S. 459, S. 460, S. 461, S. 462, S. 463, S. 464, S. 465, S. 466, S. 467, S. 468, S. 469, S. 470, S. 471, S. 472, S. 473, S. 474, S. 475, S. 476, S. 477, S. 478, S. 479, S. 480, S. 481, S. 482, S. 483, S. 484, S. 485, S. 486, S. 487, S. 488, S. 489, S. 490, S. 491, S. 492, S. 493, S. 494, S. 495, S. 496, S. 497, S. 498, S. 499, S. 500, S. 501, S. 502, S. 503, S. 504, S. 505, S. 506, S. 507, S. 508, S. 509, S. 510, S. 511, S. 512, S. 513, S. 514, S. 515, S. 516, S. 517, S. 518, S. 519, S. 520, S. 521, S. 522, S. 523, S. 524, S. 525, S. 526, S. 527, S. 528, S. 529, S. 530, S. 531, S. 532, S. 533, S. 534, S. 535, S. 536, S. 537, S. 538, S. 539, S. 540, S. 541, S. 542, S. 543, S. 544, S. 545, S. 546, S. 547, S. 548, S. 549, S. 550, S. 551, S. 552, S. 553, S. 554, S. 555, S. 556, S. 557, S. 558, S. 559, S. 560, S. 561, S. 562, S. 563, S. 564, S. 565, S. 566, S. 567, S. 568, S. 569, S. 570, S. 571, S. 572, S. 573, S. 574, S. 575, S. 576, S. 577, S. 578, S. 579, S. 580, S. 581, S. 582, S. 583, S. 584, S. 585, S. 586, S. 587, S. 588, S. 589, S. 590, S. 591, S. 592, S. 593, S. 594, S. 595, S. 596, S. 597, S. 598, S. 599, S. 600, S. 601, S. 602, S. 603, S. 604, S. 605, S. 606, S. 607, S. 608, S. 609, S. 610, S. 611, S. 612, S. 613, S. 614, S. 615, S. 616, S. 617, S. 618, S. 619, S. 620, S. 621, S. 622, S. 623, S. 624, S. 625, S. 626, S. 627, S. 628, S. 629, S. 630, S. 631, S. 632, S. 633, S. 634, S. 635, S. 636, S. 637, S. 638, S. 639, S. 640, S. 641, S. 642, S. 643, S. 644, S. 645, S. 646, S. 647, S. 648, S. 649, S. 650, S. 651, S. 652, S. 653, S. 654, S. 655, S. 656, S. 657, S. 658, S. 659, S. 660, S. 661, S. 662, S. 663, S. 664, S. 665, S. 666, S. 667, S. 668, S. 669, S. 670, S. 671, S. 672, S. 673, S. 674, S. 675, S. 676, S. 677, S. 678, S. 679, S. 680, S. 681, S. 682, S. 683, S. 684, S. 685, S. 686, S. 687, S. 688, S. 689, S. 690, S. 691, S. 692, S. 693, S. 694, S. 695, S. 696, S. 697, S. 698, S. 699, S. 700, S. 701, S. 702, S. 703, S. 704, S. 705, S. 706, S. 707, S. 708, S. 709, S. 710, S. 711, S. 712, S. 713, S. 714, S. 715, S. 716, S. 717, S. 718, S. 719, S. 720, S. 721, S. 722, S. 723, S. 724, S. 725, S. 726, S. 727, S. 728, S. 729, S. 730, S. 731, S. 732, S. 733, S. 734, S. 735, S. 736, S. 737, S. 738, S. 739, S. 740, S. 741, S. 742, S. 743, S. 744, S. 745, S. 746, S. 747, S. 748, S. 749, S. 750, S. 751, S. 752, S. 753, S. 754, S. 755, S. 756, S. 757, S. 758, S. 759, S. 760, S. 761, S. 762, S. 763, S. 764, S. 765, S. 766, S. 767, S. 768, S. 769, S. 770, S. 771, S. 772, S. 773, S. 774, S. 775, S. 776, S. 777, S. 778, S. 779, S. 780, S. 781, S. 782, S. 783, S. 784, S. 785, S. 786, S. 787, S. 788, S. 789, S. 790, S. 791, S. 792, S. 793, S. 794, S. 795, S. 796, S. 797, S. 798, S. 799, S. 800, S. 801, S. 802, S. 803, S. 804, S. 805, S. 806, S. 807, S. 808, S. 809, S. 810, S. 811, S. 812, S. 813, S. 814, S. 815, S. 816, S. 817, S. 818, S. 819, S. 820, S. 821, S. 822, S. 823, S. 824, S. 825, S. 826, S. 827, S. 828, S. 829, S. 830, S. 831, S. 832, S. 833, S. 834, S. 835, S. 836, S. 837, S. 838, S. 839, S. 840, S. 841, S. 842, S. 843, S. 844, S. 845, S. 846, S. 847, S. 848, S. 849, S. 850, S. 851, S. 852, S. 853, S. 854, S. 855, S. 856, S. 857, S. 858, S. 859, S. 860, S. 861, S. 862, S. 863, S. 864, S. 865, S. 866, S. 867, S. 868, S. 869, S. 870, S. 871, S. 872, S. 873, S. 874, S. 875, S. 876, S. 877, S. 878, S. 879, S. 880, S. 881, S. 882, S. 883, S. 884, S. 885, S. 886, S. 887, S. 888, S. 889, S. 890, S. 891, S. 892, S. 893, S. 894, S. 895, S. 896, S. 897, S. 898, S. 899, S. 900, S. 901, S. 902, S. 903, S. 904, S. 905, S. 906, S. 907, S. 908, S. 909, S. 910, S. 911, S. 912, S. 913, S. 914, S. 915, S. 916, S. 917, S. 918, S. 919, S. 920, S. 921, S. 922, S. 923, S. 924, S. 925, S. 926, S. 927, S. 928, S. 929, S. 930, S. 931, S. 932, S. 933, S. 934, S. 935, S. 936, S. 937, S. 938, S. 939, S. 940, S. 941, S. 942, S. 943, S. 944, S. 945, S. 946, S. 947, S. 948, S. 949, S. 950, S. 951, S. 952, S. 953, S. 954, S. 955, S. 956, S. 957, S. 958, S. 959, S. 960, S. 961, S. 962, S. 963, S. 964, S. 965, S. 966, S. 967, S. 968, S. 969, S. 970, S. 971, S. 972, S. 973, S. 974, S. 975, S. 976, S. 977, S. 978, S. 979, S. 980, S. 981, S. 982, S. 983, S. 984, S. 985, S. 986, S. 987, S. 988, S. 989, S. 990, S. 991, S. 992, S. 993, S. 994, S. 995, S. 996, S. 997, S. 998, S. 999, S. 1000.

Dresden, am 4. Januar 1933.
Der Rat zu Dresden, Steueramt.

Interiert in der Dresdner Volkszeitung

Kuchen-Krahmer

immer voran!
Mein großer Schlager:
4 Stück Semmeln nur 10 Pf.

- Filialen:
- 1. Kesselsdorfer Str., Ecke Poststr.
 - 2. Schierstr. 13 (a. d. Markthalle)
 - 3. Waisstraße 5 (am Postplatz)
 - 4. Webergasse 1 (am Altmarkt)
 - 5. Strlesener Straße 16
 - 6. Schand. Str. 59 (gegenüb. d. Ica)
 - 7. Hüblerstraße 3 (am Schillerpl.)
 - 8. Hubertusplatz
 - 9. Alaunstraße 2 (am Albertpl.)
 - 10. Warthaer Straße 27
 - 11. Annenstraße 27
 - 12. Wallstraße 21
 - 13. Amalienstr. 15 (neb. der Ehape)
 - 14. Wittenberger Straße 28
 - 15. Oesterreicher Straße 37
 - 16. Leipziger Straße 160
 - 17. Hechtstraße 38
 - 18. Hauptstraße 26
 - 19. Freital: Unt. Dresdner Str. 60
 - 20. Ob. Dresdner Str. 79

Arbeiter, Beamte, agitiert für die Dresdner Volkszeitung

Einmaliges

SONDERANGEBOT:

Warme Strick-Schlüpfert

Damen-Strickschlüpfer 1,95
aus reiner Wolle, kräftige Qualität, besonders strapazierfähig, mit Gesäß- u. Schrittwärstärkung. Außerst solide, moderne Farben, Größe 42-48

Damen-Strickschlüpfer 2,45
100%, reine Wolle mit Strickbund, Beinansatz und Doppelzwickel, auswechselbarem Gummi, gute Verarbeitung, viele Pastellfarben, Größe 42-48

Damen-Strickschlüpfer 2,95
aus 2-fädig., besonders halber elastischer Wollqualität mit Strickbund und Beinansatz, Doppelzwickel, in vielen modernen Farben, Größe 42-48

Damen-Strickschlüpfer 3,90
unsere Spezialmarke „Gefa-Sonderklasse“, reine Wolle, vorzügl. verarb., anschmiegsam, mit Elastrand und Beinansatz, bestes Fabrikat, Gr. 42-48

nur bei **Alsborg**

Hiermit die traurige Nachricht von dem unerwarteten Hinscheiden meines lieben Sohnes, Heubers, Brautigams und Cousins

Paul Rood

Techniker
nach kurzer, schwerer Krankheit im 21. Lebensjahre
Dresden N. Schürstraße 31, den 4. Januar 1933.
In tiefer Trauer:
Familie Gustav Rood im Namen aller Hinterbliebenen.
Die Einäscherung erfolgt Sonnabend, den 7. Januar, nachmittags 1/2 Uhr, im Krematorium zu Lohmeisig.

Es ist ein Verrentbedürfnis, allen denen, die uns beim Verrenten unserer teuren Entschlafenen

Frau Fanny Morgenstern

geb. Obermayer
mobilitende und ehrende Beizeile der Liebe und Teilnahme darbrachten, hierdurch den herzlichsten und innigsten Dank auszusprechen.
Die aber, liebes Mutter, rufen wir ein letztes Danke Dank! und Ruhe laßt! in die Ewigkeit nach.
Dresden, am 3. Januar 1933.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Statt Karten.
Für die zahlreichen Beweise herzlichster Teilnahme und des ehrenden Anteil zur letzten Ruhestätte unserer lieben Entschlafenen, des Verrenten

Richard Stöpel

sprechen wir hiermit allen Dankbewohnern, Fremden und Bekannten den herzlichsten Dank aus. Besonderen Dank der Verrentung und dem Gesamtpersonal des Gießereibetriebes Fabrik in Coschütz für die Ehrung des Verrenten, der Gießereiarbeiterin Gotta und den Erben der S. D. für das treuliche Tragen, dem Verrentenband für die Anteilnahme, dem Gießereiarbeiter Wolfhard „Friedrich“, Treibermaschinen- und Maschinenbau für die Anteilnahme, herzlichsten Dank auch Herrn Hans Vogel, S. D., für die trauernden Worte am Grabe.
Dresden 29.
Waisstraße 15. **Frieda verw. Stöpel**
im Namen aller Hinterbliebenen.

Zwei leere Zimmer
von Frau Rood gesucht,
bis 20. 1. 1933 unter
F. R. 22 a d. F. 10. 24.

Stempel-Walther
Eilige Stempel
Amalienstr. 21
gr. Bräunig, 30

Turn- und Sportverein Oriednig-Cotta
Ringl. d. Arbeiter-Turn- u. Sportbundes
Unsere Mitglieber die tieftraurige Nachricht, daß plötzlich und unerwartet unter Lungenerkrankung

Paul Rood

aus unserer Mitte gerufen wurde.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung erfolgt am Sonnabend, dem 7. Januar, nachmittags 1/2 Uhr, im Krematorium zu Lohmeisig.
Um zahlreiche Anteilnahme bitten
Der Vereinswart

Nach kurzem Krankenlager verstarb am 3. Januar früh 9 Uhr, mein lieber Mann, unser guter Vater, Onkel und Schwager

Michael Bachfischer

Arbeiter i. R.
im 61. Lebensjahre,
Dresden N. 8, den 4. Januar 1933
In Trauer:
Anna verw. Bachfischer
und Hinterbliebene
Die Einäscherung erfolgt Sonnabend, den 7. Januar, nachmittags 1/2 Uhr, im Krematorium Lohmeisig

Allgem. Deutscher
Verbandsrat
Schnitzweg 14
Betriebsräte-Gruppe VII (Nahrungs- u. Genussmittelindustrie)
Montag, den 3. Januar 1933, abends 7 Uhr, im Volkshaus, neue Gohlische Ausspracheabend, Besprechungsbüro: Frauen aus der Betriebsrätegruppe, Referent: Rolf-Josef Heilshaus, Gruppenangelegenheiten.

Gesamtverband, Ortsverwaltung Dresden
Sonnabend, den 7. Januar 1933, abends 8 Uhr
Volkshaus (Trianon), Schützenplatz, Trabantenstraße
Bunter Abend
Erfolgreiches Varietè-Programm, musikalische Darbietungen. Einlaß 7 Uhr, Eintrittspreis 25 Pf.
Die Vertrauensleute und Funktionäre werden gebeten, Karten bei den Hauskassierern und der Ortskasse, Schützenplatz 14, abzuholen.

Stenogr. Buchf. Rackow, Altmert 15
Prop. red. — Rich. Rackow, u. Dipl.-Handelst. Dr. Fritz Rackow. — Tel. 17197.

Leuben.
Bestellungen auf die Volkszeitung und auf sämtliche Bücher u. Zeitschriften
aus Anzeigen-Annahme
Kolporteur Willy Bloh, Suden
Gohlische Straße 23, 1.

Die Revolutionen Europas
Von Otto Rühle
Volksbuchhandlung
Wettinerplatz 10

dem von den Faschisten ermordeten unvergesslichen Führer, wird in dem Buch von Pietro Neapolitano

MATTEOTTI
Der Totenkampf der Freiheit
ein Denkmal gesetzt. Das Buch umfaßt 190 Seiten, ist stark kartoniert, mit Lackumschlag und kostet 1.20 Mark.
Volksbuchhandlung
Dresden A, Wettinerplatz 10.

Reine A
Am 1
Städte
geladen hat
Interessen

Dresden und seine Gläubiger

Keine Ueberschuldung, aber Zahlungsschwierigkeiten - Einsetzung eines Gläubigervertreter

Am Dienstag fand im großen Saale des Zoo die erste Gläubigerversammlung statt, zu der der Stadtrat eingeladen hatte, um über Maßnahmen zu beraten, die sowohl den Interessen der Allgemeinheit als auch der Gläubiger gerecht werden.

Die Stadt Dresden ist bekanntlich nicht in der Lage, die bis zum 1. Oktober 1933 fälligen Anleihebeträge — es handelt sich um rund 18 Millionen Mark — zurückzahlen.

Zu dieser ersten Gläubigerversammlung waren die Besitzer von Papieren der Anleihe von 1926, die hauptsächlich zum Ausbau der werbenden Betriebe der Stadt verwendet worden ist, und der Kriegsanleihe (Auslösungsanleihe) geladen. Am heutigen Mittwoch findet eine zweite Gläubigerversammlung für die Inhaber von Schatzanweisungen vom Jahre 1930 statt.

Der derzeitige Vorstand des Finanzamts, Stadtrat Dr. Krumbiegel, gab zunächst ein längeres Exposé über die Finanzlage der Stadtgemeinde Dresden

die Finanzlage der Stadtgemeinde Dresden

Nach dem Stande vom 31. März 1932 beträgt sich das Vermögen der Stadt (einschließlich Schulden) auf 572 Millionen Mark, die Schulden betragen 248 Millionen Mark, so daß sich ein Reinvermögen von 324 Millionen Mark ergibt. Von den gesamten Mitteln entfallen auf Vermögenswerten 222,5 Millionen Mark, auf Finanzvermögen 311,2 Millionen Mark und auf Wertvermögen 88 Millionen Mark.

Das Verwaltungsvermögen (1926 geschätzt) gliedert sich in 141 Millionen Mark Grundbesitz, 10 Millionen Mark Grundbesitz der Rücklagefonds, 5 Millionen Mark Gesamtinventar der Stadt, 61,5 Millionen Mark Wohnungsfonds, 0,5 Millionen Mark Wohnungsfonds für Sammlungen und Kunstwerke (Büchereien, historische Museen), und 1,5 Millionen Mark sonstige Vermögenswerte. Dr. Krumbiegel widersprach energisch der etwaigen Auffassung, daß das Verwaltungsvermögen der Stadt einfach wertlos sei. Im aber den Gläubigerinteressen weitgehend entgegenzukommen, wolle er mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretene Entwertung bei der Summe für Grundbesitz noch 10 Prozent und beim Wohnungsfonds sogar 60 Prozent absetzen.

Unter das Finanzvermögen fallen 92,5 Millionen Mark Grundbesitz, 152,7 Millionen Mark Viehhäuser, 96,7 Millionen Mark unbebauter Grundbesitz, 3,1 Millionen Mark Grundbesitz außerhalb des Stadtbezirks, 21,2 Millionen Mark Viehhäuser, Ziergärten usw., 90 Millionen Mark Wertpapiere und Aktien, einschließlich 70 Millionen Mark Dresdner und 18 Millionen Mark Straßensbahn, 50 Millionen Mark Forderungen der Stadt an die hiesigen Aktiengesellschaften daraus, daß diese zu Lasten der Anleihen Investitionen vorgenommen haben, und 128 Millionen Mark buchmäßiger Restbestand der Anleihen.

Zum Wertvermögen gehören Schlachthof, Speicher, Wintergüter, Feuerbestattungsanstalt, Wänsdorf, Abwasserreinigungsanlagen, Karstadt, Haasfeilerie, Leidsdorf, Ausstellungspalast, Markthallen mit 33,5 Millionen Mark (also nicht auch das Vermögen der Grundrenten- und Depotschuldenanstalt und der Sparkasse, ebenso wenig die Forderungen mit 54,5 Millionen Mark) sowie die Bestände der Rücklagefonds für das Wertvermögen mit 4,5 Millionen Mark.

Die Schulden

bestimmen sich nach dem Stande vom 30. November 1932 auf insgesamt 242,94 Millionen Mark, und zwar kurzfristige Schulden 31,19 Millionen, Schatzanweisungen 35,59 Millionen und langfristige Schulden 175,26 Millionen Mark. Von den kurzfristigen Schulden sind etwa 10 Millionen Mark verhältnismäßig hart zu tilgen, während bei den anderen zum Teil Stillhaltung, zum Teil vorläufig eine sehr mäßige Rückzahlungsquote in Frage kommt. Die Schatzanweisungen werden fällig mit 2 Millionen Mark am 1. Februar, mit 3.500.000 Mark am 1. Juni und mit 10 Millionen Mark am 1. Oktober 1933 sowie mit je weiteren 10 Millionen Mark am 1. Oktober 1934 bzw. 1935. Bürgschaften sind in Höhe von insgesamt 90,7 Millionen Mark geleistet, wovon voraussichtlich 30 Millionen Mark in Anspruch genommen werden.

Während beim Finanzvermögen infolge Wertminderung des Grundbesitzes 47,5 Millionen Mark abgesetzt werden, erhöhen sich die Schulden noch um 30 Millionen Mark. Danach ergibt sich folgendes Gesamtbild:

Vermögen 525 Millionen Mark, Schulden 266 Millionen Mark,

so daß ein Reinvermögen von 263 Millionen Mark vorhanden ist.

Von einer Ueberschuldung der Stadt könne also keine Rede sein, wohl aber beständen Zahlungsschwierigkeiten.

Damit sei aber die Voraussetzung für eine Stundung der Anleihebeiträge gegeben. Dabei betonte Dr. Krumbiegel, daß Dresden bezüglich der Auslösungsanleihe durch Spruch der Schlichtstelle des Sächsischen Oberverwaltungsgerichts zum Jahresende des Kennwertes aufwerten müsse. Das ist die höchste Aufwertungsquote! Dadurch mit sei die Stadt in schwere Bedrängnis geraten.

Die Ursachen der Finanzmisse

Die gesamten Aufwendungen der Stadt für die Wohlfahrtspflege im weiteren Sinne erforderten 1913 19 Prozent sämtlicher Steuern, 1931 etwa 87 Prozent sämtlicher Steuereingänge, im Jahre 1932 etwa 100 Prozent sämtlicher Steuereingänge!

Der Zuschußbedarf des Fürsorgeamtes ist seit 1923 infolge starker Steigerung der Zahl der Wohlfahrtsberwerblosen um 20 Prozent, von 21,2 Millionen Mark auf 27,4 Millionen Mark, gestiegen, obwohl die Unterstützungssätze gesenkt wurden und die Reichshilfe sich erhöhte.

Der gegenwärtige Schlüssel für die Reichshilfe sei im Verhältnis zu anderen Städten sehr ungünstig für Dresden. So beträgt die Reichshilfe für den Monat für Dresden (618 000 Einwohner, 44 400 Wohlfahrtsberwerblose) 1 138 000 Mark, für Leipzig (684 000 Einwohner, 54 600 Wohlfahrtsberwerblose) 1 993 000 Mark, für Chemnitz (335 000 Einwohner, 34 200 Wohlfahrtsberwerblose) 1 263 000 Mark.

Die Ausgabe für sämtliche Wohlfahrtsberwerblose bei Grundlegung einer Durchschnittssumme von 41,7 Mark für den Monat beträgt in Dresden 1 852 000 Mark, in Chemnitz 1 426 000 Mark, in Leipzig 2 277 000 Mark für den Monat.

Bei Berücksichtigung der Reichshilfe haben aus eigenen Mitteln aufzubringen im Monat Dresden 716 600 Mark, Leipzig 1 610 Mark, Leipzig 284 688 Mark = 5,02, Chemnitz 162 794 Mark, gleich 4,75 Mark.

66 Prozent aller in Dresden unterstützten Erwerblosen fallen als Wohlfahrtsberwerblose der Stadt voll zur Last, gegen 19 Prozent am 1. Oktober 1928. Die Stadt muß monatlich ziemlich 3 Millionen Mark aus eigenen Mitteln noch für die Wohlfahrtspflege im weiteren Sinne aufwenden.

Infolge dieser drückenden Belastung schließt der Haushaltsplan 1933 mit einem Gehaltsbeitrag von 1,5 Millionen Mark ab, dabei hat 1,5 Millionen Mark

gleich 10½ Prozent der Nettosummen des Haushaltsplanes erspart worden.

Der Rückgang der Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen sind von 1928 bis jetzt (für 1933 unter Zugrundelegung des bisherigen Aufkommens auf das ganze Jahr umgerechnet) um 27,7 Prozent = 12,8 Millionen Mark gesunken, nämlich von 46,2 auf 33,4 Millionen Mark, obwohl in der Zwischenzeit die Biersteuer und die Hundesteuer erhöht, die Bürgersteuer, die Getränkesteuer und die Musikinstrumentensteuer neu eingeführt worden sind. Die Reichsüberweisungsteuer (Einkommen-, Körperschaft-, Umsatz- und Grunderwerbsteuer) sind um 59,6 Prozent von 21,8 Millionen Mark auf 8,8 Millionen Mark, also um 13 Millionen Mark, gesunken.

An Gewerbesteuer hat die Stadt 1928 bis 1931 (mit 150 Prozent Gemeindefußschlag) 34 Millionen Mark vereinnahmt. Hätte man diese Steuer nach 500 Prozent Durchschnittssatz der preußischen Großstädte erheben können, wären insgesamt 74,8 Millionen eingegangen, so daß bei Nichtteilnahme des Landes an ihrem Aufkommen die Stadt an Steuereinnahmen 55,1 Millionen mehr gehabt hätte. In diesem Falle würde Dresden überhaupt keine kurzfristige Verschuldung haben.

Dresden kann infolge seiner schwierigen Lage die Gehälter und Löhne schon seit vielen Monaten nicht mehr regelmäßig in den vom Reiche angeordneten drei Raten im Monat zahlen.

Nach dem Haushaltsplan 1932 hat die Stadt zu zahlen 13,1 Millionen Mark Zinsen und ferner an Tilgung für kurzfristige Schulden 4,4 Millionen Mark und für langfristige Schulden 7,1 Millionen Mark. Im Laufe des Rechnungsjahres 1933 würde sich der Tilgungsdienst noch um 11 Millionen Mark erhöhen für Rückzahlung von Schatzanweisungen.

In den letzten Monaten ist die Summe der unbezahlten Rechnungen wieder auf mehrere Millionen Mark gestiegen.

Der voraussichtliche Mindereingang an Steuern 1932 gegenüber dem Haushaltsplanvoranschlag wird rund 5,8 Millionen Mark betragen.

Als Umschuldungsanteil an der Hauszinssteuer hätte Dresden mindestens 2,7 Millionen Mark erhalten müßte. Bisher ist keinerlei Ausschüttung erfolgt.

Die Stadt spart, wo sie nur kann.

Die Personalaufwendungen für Beamte und Angestellte sind seit 1929 von 32,7 Millionen Mark auf 21,4 Millionen Mark, also um 11,3 Millionen Mark, ziemlich 35 Prozent gesenkt worden. Davon entfallen auf Gehaltsrückstellungen infolge der Notverordnungen 4,7 Millionen Mark. Durch Senkung der Löhne und Entlassung von Arbeitern sind gegenüber 1928 weitere 3 Millionen eingespart worden.

Der Bestand an Beamten und Angestellten (einschließlich der Wittensgesellschaften) ist in der Zeit vom 1. Oktober 1928 bis 1. Dezember 1932 um 24 Prozent gesunken, obwohl die Pflichtaufgaben der Stadt, insbesondere auf dem Gebiete des Fürsorgewesens, in dieser Zeit ungeheuer gestiegen sind.

Bei einem Vergleich der Haushaltspläne 1931 und 1932 ergibt sich, daß in diesen beiden Jahren 10,4 Millionen Mark durch eigene Maßnahmen der Stadt erspart worden sind, überdies durch Gehalts- und Lohnsenkungen auf Grund der Notverordnungen 5,5 Millionen Mark 1931 und 7,5 Millionen Mark 1932. Auch bei den Ausgaben des Wohlfahrtsamtes ergibt sich eine Verminderung um 4,7 Millionen Mark infolge von Einschränkungen. Ohne die einschneidenden Maßnahmen würden die Ausgaben 1931 und 1932 zusammen rund 28 Millionen Mark höher gewesen sein.

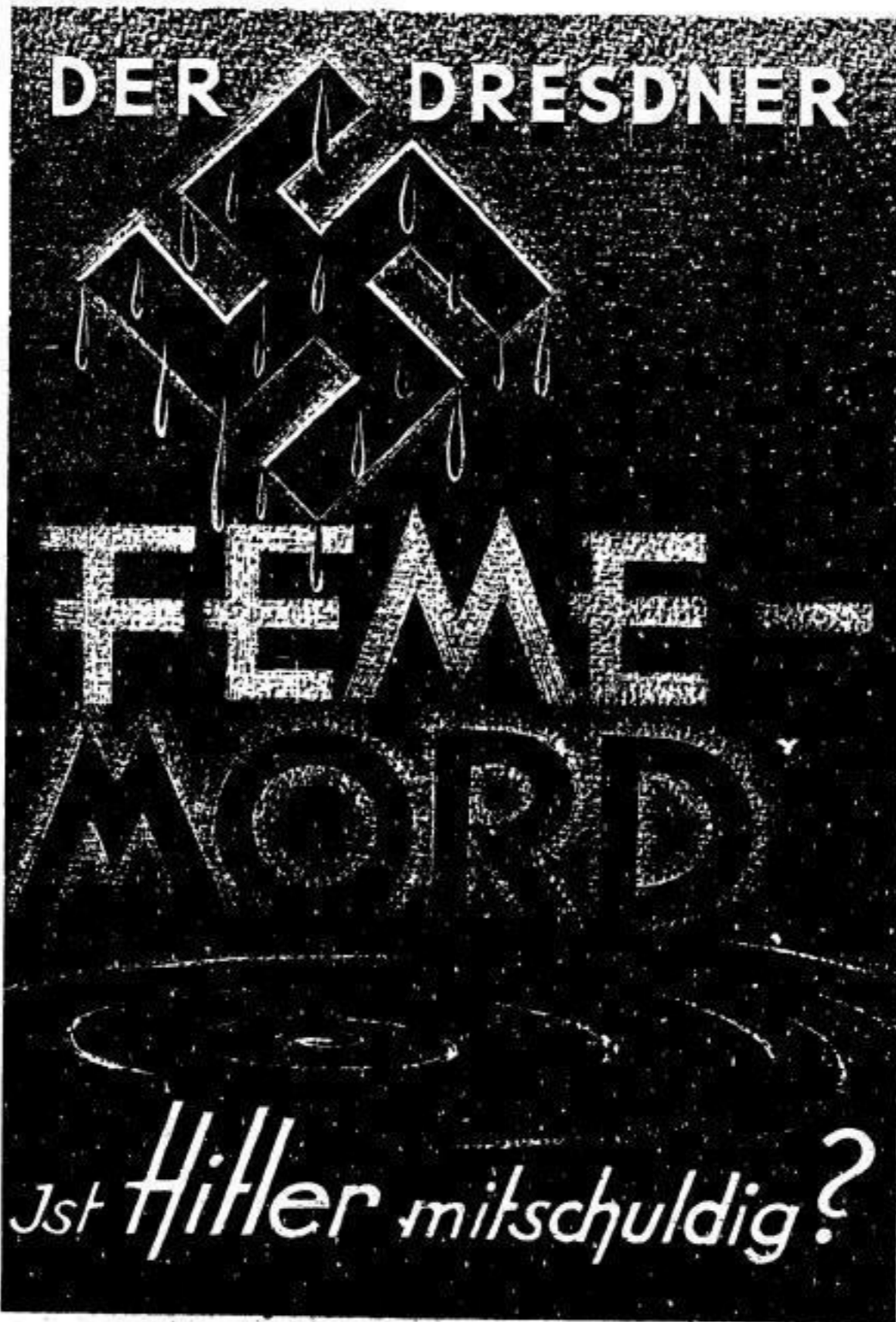
Dr. Krumbiegel fügte diesem Bericht hinzu, daß eine Steuerermäßigung kein geeigneter Vorschlag für eine Besserung der Finanz- und Lohnlage der Stadt sei, solange das Reich nicht die Lasten der Wohlfahrtsberwerblosenfürsorge abnehme. Er wandte sich aber auch gegen einen Abbau der kulturellen Einrichtungen, ebenso gegen den weiteren Vorschlag, jede Haushaltsposten einfach um 20 Prozent zu kürzen und weitere Personalentlassungen vorzunehmen. Wohl aber werde auch weiterhin strenge Sparsamkeit bei allen Ausgaben geübt werden. Zu dem vielfach erhobenen Vorwurf, daß die Stadt in der Vergangenheit nicht mehr hätte sparen sollen, bemerkte Dr. Krumbiegel,

Morgen erscheint

im Verlage Kaden & Comp., Dresden, die Broschüre

Der Dresdner Feme-Mord Ist Hitler mitschuldig?

(Das Titelblatt der Broschüre ist untenstehend abgedruckt).



32 Seiten Text mit mehreren bisher unveröffentlichten Abbildungen.

Ppreis der Broschüre 10 Pf.

Die Broschüre ist ab Donnerstag nachmittag zu haben in den Volksbuchhandlungen, in den Parteisekretariaten und bei den Parteifunktionären sowie bei den Kolporteurs und Austrägern der Volkszeitung

Aus dem Inhalt:
Warum wurde Hentsch ermordet?

Wie der Mord geschah

Eine Mutter bangt um ihren Sohn

In München weiß man von dem Kameradenmord!

Die Rolle der Dresdner Polizei

Die SPD. nimmt sich des Falles an

Die Talsperre Matter wird erfolglos abge sucht

Die Auffindung des Ermordeten

Die Hitlerpartei nimmt die Mörder in Schutz!

Wer sind die Ansätter des Mordes?

Die Mutter klagt an

5 öffentliche Versammlungen der SPD.

Donnerstag, 5. Januar

abends 7.30 Uhr: im Relehandler, Dr.-Neustadt, Bischofsweg; Watzkes Etablissement, Dr.-Trachau, neben Karl Arndt, Emil Ebert, Oskar Edel, Hans Trianon, Dr.-A.; Gasthof Wöllnitz und Stadt Amsterdam, Dr.-Laubegast. Die Landtagsabgeord. Geiser und Kurt Weikel sprechen über das Thema: **Wer hat den SA-Mann Hentsch gemordet?** Unkostenbeitrag 20 Pfennig, für Erwerbslose, Jugendliche und Rentner 10 P.ennig.

SPD. Groß-Dresden.

es sei zugegeben, daß einige Millionen Mark hätten gespart werden können (Abiger Brüche, einige Sportplätze, Wohnungsbau unter Zwangnahme der Mietzinssteuermittel). Trotzdem seien noch heute die Meinungen hierüber sehr geteilt, so daß sich nicht einfach der Staat über diese Maßnahmen brechen lasse. Selbst wenn einige Millionen Mark gespart worden wären, würde dies die Stadt aus der Finanznot nicht herausbringen. Gebe heute doch die Stadt für die Wohlfahrtspflege jeden Monat so viel aus, wie die Stadter Brüche gekostet habe. Sparsamkeit sei nicht das alleinige Mittel. Die Not sei durch die ungeheuer hohen Wohlfahrtsausgaben ohne genügende Entlastung der Stadt entstanden, weiter durch den Rückgang der Steuereinnahmen und durch die zu hohen kurzfristigen Schulden. Dr. Krumbiegel ersuchte um die Wahl eines Gläubigervertreter, weil eine Umschuldung sowohl im Interesse der Stadt wie der Gläubiger liege.

Oberbürgermeister Dr. Kütz stellte darauf fest, daß die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht vorhanden sei, so daß mögliche Beschlüsse nicht gefaßt werden könnten. Die weit überwiegende Stimmenmehrheit entsiedle auf die Bankrottverwaltung.

Es kam dann zu einer mehrstündigen

Aussprache.

Rechtsanwalt Dr. Gallier, Hamburg, äußerte Bedenken gegen die Einberufung der Versammlung und verlangte im übrigen besondere Rücksichtnahme auf die Opfer der Vorkriegspapiere. Es müsse wie in Köln und Frankfurt a. M. möglich sein, die Vermögenswerte liquid zu bekommen. Auf die Lösung des Umschuldungsproblems könne nicht verzichtet werden.

Rechtsanwalt Dr. Jander, Berlin, verlangte eine Sonderregelung für die Aufwertungsgläubiger. Langfristige Stundung allein genüge nicht, ebenso könnten sich bei einer Befriedigung der Gläubiger aus der Substanz (Grundbesitz, Versorgungsbetriebe) Schwierigkeiten ergeben. Dagegen empfahl sich der Weg der Verrechnung. Die Stadt müsse ihre eigenen Schatzanweisungen bei Schulden privater Art in Zahlung nehmen, ebenso müsse eine Verrechnung mit Steuern stattfinden. Die Lage der Stadt Dresden sei noch verhältnismäßig günstig.

Sandhans Dr. Weher, Dresden, verwies auf die Verluste der Stadt Dresden durch die Finanzinspektoren des Bürgermeisters Dr. Wührer, die annähernd so viel ausmachten, wie die Stadt bis 1. Oktober 1933 zurückzahlen solle.

Oberbürgermeister Dr. Kütz versprach, daß alle Anregungen gewissenhaft geprüft werden sollen.

In der weiteren Aussprache spielte eine große Rolle, ob dem Gläubigervertreter noch ein aus fünf Personen bestehender Beirat beigegeben werden soll. Der Oberbürgermeister und ebenso der Direktor der Gläubigerbank, Dr. Dehne, waren zwar nicht grundsätzlich dagegen, hielten aber zunächst einen solchen nicht für erforderlich.

Schließlich wurde Ministerialdirektor a. D. Dr. Just einstimmig zum Gläubigervertreter gewählt, der über die Ermittlungen und Verhandlungen mit der Stadt in einer halbjährigen Einguberufen den neuen Gläubigervertreter Bericht zu erstatten und einen Vorschlag für eine Regelung zu machen hat.

Der Antrag auf Wahl eines Beirats wurde mit erdrückender Mehrheit (3628:204 bzw. 4811:129) abgelehnt.

Schleierarten auf der Lodwitzalibahn Niederelblich-Kreischa. Den seit langer Zeit insbesondere von den Bewohnern der Dörfchen beiderseits der Lodwitzalibahn genährten und auch häufig auf Verkehrsleistungen vertretenen Wünschen auf Ausgabe von den bisherigen Schleierarten der Lodwitzalibahn an Stelle der bisherigen, wegen des verhältnismäßig hohen Anschaffungspreises kaum noch zu erwerbenden Schleierarten hat nunmehr die Verwaltung der Lodwitzalibahn endlich entsprochen. Von Beginn dieses Jahres an werden nun noch Schleierarten ausgegeben, die vierfache Gültigkeit haben und neuerdings nicht nur auf Familienangehörige, sondern auch auf andere Personen übertragbar sind. Dadurch, daß der Personenkreis, der für gleichzeitige Benutzung dieser Karten in Frage kommt, erheblich erweitert wurde, ist auch ein stärkerer Anreiz zur Benutzung der Lodwitzalibahn gegeben, was sich insbesondere auch beim Ausflugsverkehr auswirken dürfte. Die Preise für eine Schleierkarte betragen für eine 18-Pfennig-Teilkarte 80 Pf., 27-Pfennig-Teilkarte 1,25 M., 35-Pfennig-Teilkarte 1,05 M., 45-Pfennig-Teilkarte 2,06 M. und für die gesamte Strecke Niederelblich-Kreischa 2,45 M.

Der Nährwert der Seefische. Nach Ausführungen von Prof. Gudjert im Reichsministerium beträgt der Verbrauch von Seefischen in Deutschland nur ein Drittel von dem anderer am Meer wohnender Völker, wie Engländer, Schweden und Holländer, obwohl Seefische als wertvolles Nahrungsmittel der deutschen Bevölkerung in genügenden Mengen zur Verfügung stehen. Seefische sind ein hochwertiges Nahrungsmittel. Ihr Muskelfleisch enthält biologisch wertvolles Eiweiß. Die fetten Fische, vor allem Heringe, enthalten beträchtliche Mengen Vitamine, insbesondere Vitamin A und B. Wegen ihres Jodgehaltes verdienen die Seefische als Nahrungsmittel besondere Beachtung. Sie haben sich auch als sehr vorteilhaft für die Krankenkost erwiesen.

Kraftpost Dresden—Pellereis. Vom 9. Januar an wird die Zahl der Kraftpostverbindungen zwischen Dresden und Pellereis bemehrt.

Märchenaufführung „Reinholden der Tiere“. Karten für die am Freitag, dem 6. Januar, nachmittags 3 Uhr und abends 8 Uhr, im Trianon stattfindenden Aufführungen sind von nachmittags 2 Uhr an noch an der Kasse zu haben.

Winterhilfe. Der Inhaber der Moritzstraße Nr. 10 geleerten Pfeiffenfabrik, Herr Herrmann, hat im vergangenen Jahre 189 an 300 Tagen 19 Erwerbslosen eine reichliche Winterhilfe unentgeltlich verabreicht, so daß am Jahresabschluss die 1890 Portionen im Rahmen der Winterhilfskasse in den genannten Anstalten zur Verteilung kam. Die Winterhilfe wurde, beachtet Herr Herrmann, auch in diesem Jahre die Verteilung fortzusetzen.

Nachwuchs-Handelskasseler. Der Vorstand für Erwerbslose im Januar, nachmittags 9 Uhr und abends 7 Uhr. Die Anstellungen für Berufsausbildung (Kurs für häusliche Arbeit) werden am Mittwoch, dem 4. Januar, früh 8 Uhr, wieder auf. Die Schulferien, Mittwoch 10. 11. in dieser Woche durchgehend bis abends 3 Uhr geöffnet.

Nach dem Theaterbesuch Freitagsbesuch. Die Oberin des auf der Nieritzstraße befindlichen Martha-Heimes fand heute früh kurz nach 6 Uhr in der Küche des Heimes eine dort beschäftigte 21 Jahre alte Hausangehörige mit Gas vergiftet bewußtlos auf. Die Erörterungen ergaben, daß das Mädchen mit seinem Angehörigen gestern abend die Vorstellung der „Fischerbrüder“ besucht hatte und nach seiner etwa gegen 12 Uhr nachts erfolgten Rückkehr in das Heim einen Freitagsbesuch mit Hilfe von Kochs unternehmen hatte. Obwohl es nach erfolgter Sanctioshilfe sagte „Ich wollte gern sterben“, so ist irgendein Grund für diesen Freitagsbesuch nicht zu finden. Die Lebensmüde brachte man nach dem Stadttrankhaus Löbtauer Straße.

Ein Toier aufgefunden. In der Nacht zum 4. Januar wurde im Mühlgraben in Dölitz eine männliche Leiche aufgefunden. Da ein Verbrechen nicht ausgeschlossen erschien, wurde die Mordkommission des Kriminalamtes Dresden nach dort gerufen. In dem Toten wurde ein 60 Jahre alter Handarbeiter aus Freital-Borschappel festgestellt. Nach den bisherigen Erörterungen konnte ein Anhaltspunkt für ein Verbrechen nicht gefunden werden. Die Möglichkeit eines Unfalles ist gegeben. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Dresdner Chronik

Das Kermelied: Vom braunen Blumspack

Dreht euch nicht rum, die Küller gehn um, sie killen ganz leise auf treuendische Weise — Dreht euch nicht rum!

Dreht euch nicht rum, die Mörder gehn um, sie morden von hinten, bald wird man dich finden — Dreht euch nicht rum!

Dreht euch nicht rum, die Besite geht um, sie schleicht durch die Federn und übt das Berreden — Dreht euch nicht rum!

Dreht euch nicht rum, die Unschuld geht um! Die Führer, die Reinen, sie kennen ja keinen — Dreht euch nicht rum!

Kurt Kaiser-Blüth.

Noch eine Jubilantin

Den drei feiernden Städten, die wir gestern nannten, gesellt sich als vierte Jubilantin die Stadt Pohnstein zu. Sie kann in diesem Jahre, ebenso wie Reusstadt, ihr 600jähriges Bestehen feiern.

In der gestrigen Notiz ist übrigens der Stadt Pirna ein zu hohes Alter zugeschrieben worden. Eine Stadt läßt sich das zwar lieber gefallen als eine Frau, aber wir wollen es doch richtigstellen. Pirna feiert nämlich in der Zeit vom 20. bis zum 28. Mai d. J. nicht eine 1000., sondern nur eine 700-Jahre-Feier. Aber so jung ist Pirna nun auch wieder nicht. Denn nachdem Kaiser Heinrich I. in den Jahren 928 bis 930 die Burg und Stadt Meßen errichtet hatte, wurden in den folgenden Jahren zum Schutze der deutschen Ansiedler auf geeigneten Höhen, so auch auf dem Sonnenstein, sogenannte Burgwarten angelegt, an denen Hüben sich alsbald Fischer, Handwerker usw. ansiedelten. Hierüber fehlen aber für Pirna leider die urkundlichen Nachweise, die bei den zahlreichen Kriegereignissen und dem Brande des Rathauses im Jahre 1485 vernichtet worden sind. So reichen denn die erhalten gebliebenen urkundlichen Nachweise für das Bestehen der Stadt Pirna nicht weiter zurück als bis zum Jahre 1283. Seitdem sind 700 Jahre vergangen, und dieses Jubiläum soll gefeiert werden, wobei die Unkosten der Veranstaltungen aus den beim Fest erzielten Einnahmen gedeckt werden sollen.

Der steuerfreie Lohnbetrag

Stellt Anträge auf Erhöhung des steuerfreien Lohns. SPD-Städteproben beweisen, daß viele Steuerzahler es bis jetzt aus irgend welchen Gründen versäumt haben, Anträge auf Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages zu stellen. Jetzt ist die günstigste Zeit, diese Versäumnisse nachzuholen.

Normalerweise bleiben, wenn man die Familienermäßigungen ausschaltet, vom wöchentlichen Arbeitslohn 24 Mark und vom monatlichen Gehalt 100 Mark steuerfrei. Nur die darüber hinausgehenden Teile des Arbeitslohnes unterliegen der Lohnsteuer. Unter Umständen kann aber der Freibetrag herausgeholt werden, so daß sich der steuerpflichtige Einkommenanteil vermindert und die Steuerbelastung geringer wird. Gerade in einer Zeit, in der eine autoritäre Regierung die Massenbelastung fast tagtäglich weiter steigert, muß diese Möglichkeit, die das Gesetz bietet, unter allen Umständen ausgenutzt werden. Man soll die Mühe nicht scheuen. Wer sich aber mit Schreibern nicht befaßt, will, der gehe zu seiner Gewerkschaft oder zu seinem Parteisekretariat. Dort wird man ihn sachlich beraten.

Eine Erklärung des Parteivorstandes kann im Falle einer...

folgen. Weist zum Beispiel der Steuerpflichtige nach, daß er mittellose Angehörige unterstützen muß und diese Unterstützung im Vergleich zu seinem Einkommen sehr bedeutend ist, so wird das steuerfreie Einkommen erhöht. Das gleiche gilt auch dann, wenn eine außerordentliche Belastung durch Krankheit, Unfall oder durch Erziehung der Kinder vorliegt. Jeder Arbeitnehmer hat aber auch Werbungskosten und Sonderleistungen. Es ist für ihn sehr nützlich, wenn er sich die kleine Mühe macht und hinter folgenden Ausgaben seine tatsächlichen Kosten einträgt.

Werbungskosten:

- 1. Fahrgehalt
- 2. Instandhaltung und Erneuerung der Arbeitskleidung und der Werkzeuge

Sonderleistungen:

- 1. Beiträge zur Kranken-, Invaliden-, Unfall-, Haftpflicht-, An- geschlehten- und Erwerbslosenversicherung
- 2. Beiträge zu Waisen-, Pensions- und Sterbefällen
- 3. Versicherungsprämien
- 4. Ausgaben für Berufsbildung
- 5. Kirchensteuern
- 6. Verbandsbeiträge
- 7. Leistungen nach 1 bis 3 für die Frau und die minderjährigen Kinder

Ergibt diese Aufstellung, daß je nachdem ob wöchentliche oder monatliche Einkünfte eingetragt sind, der steuerfreie Pauschalbetrag für Werbungskosten und Sonderleistungen von wöchentlich 9,80 M. oder monatlich 40 M. durch die tatsächlichen Ausgaben überschritten wird, so kann in jedem Falle die Erhöhung des steuerfreien Pauschalbetrages beantragt werden.

Dem Antrag muß die Steuerkarte 1933 beiliegen. Auf ihr wird die Veränderung bemerkt. Daran muß sich dann der Arbeitgeber beim Lohnsteuerzahler halten.

Keiner sollte versäumen, die Möglichkeiten, die sich für eine Steuerermäßigung bieten, auszunutzen.

30 Zigaretten - vier Monate Gefängnis

Ein früherer Mohleger bemerkt sich eines Tages bei einer Zigarettenfabrik, die einen Feiger suchte, um Stellung. Die Vorgesetzte war vergeblich. Bei dieser Gelegenheit nahm er undemerkend eine Handvoll Zigaretten weg. Es handelte sich um etwa 30 Stück, die der Angeklagte noch am gleichen Tag rauchte. Wenige Tage später erschien er nochmals am „Latori“. Doch als er im Begriff stand, diesmal zwei Handvoll Zigaretten zu sich zu stecken, wurde er erwischt. Es blieb also hier beim Versuch.

Der Mann stand jetzt, und zwar, obwohl er von Anfang an geständig war, als Untersuchungsgefangener, wegen vollendeten und versuchten Diebstahls im Rückfall vor dem Amtsgericht. Die Anklage führte aber noch ein weiteres Delikt an, nämlich Tabaksteuerhinterziehung. Die entwendeten Zigaretten sind noch nicht von der Steuer erfasst gewesen. So geringfügig die Sache erschien, das Hauptamt hatte sich dem Verfahren als Nebenkläger angeschlossen und einen Vertreter entsandt.

Der Angeklagte wollte den Diebstahl als Genußmittelenwendung angesehen wissen. Doch das Gericht war anderer Meinung, und damit dem Gesetz Genüge geschah, wurde er wegen Diebstahls und Tabaksteuerhinterziehung zu vier Monaten Gefängnis und wegen Tabaksteuerhinterziehung im genauen Verhältnis zu ihr zu fünf Mark Strafe und vier Mark Wertschaden verurteilt. Die Untersuchungsgefängnis kam mit 22 Tagen in Anrechnung.

SPD-Stadterverbandsfraktion. Die neue Stadtverordnetenfraktion tritt Montag, den 9. Januar, 7 Uhr, im Praktikumsraum zu ihrer ersten Fraktionsversammlung zusammen. Alle Mitglieder der Fraktion, auch die Kandidaten, müssen erscheinen. Der bisherige Fraktionsvorsitzende trifft sich bereits 5 Uhr.

Kampf mit einem Einbrecher. In Abwesenheit der Wohnungsinhaber drang am 8. Januar in den Nachmittagsstunden ein 34 Jahre alter wohnungsloser Techniker aus Wien in eine Wohnung im Grundstück Ullandstraße 25 ein. Hierbei wurde er von einem Beamten des 10. Schutzpolizeibezirks überrascht. Der Täter ergriff sofort die Flucht. Unterwegs setzte er sich aber dem Beamten zur Wehr, so daß dieser von seiner Schutzwaffe Gebrauch machen mußte und den Angreifer durch zwei Schüsse am Arm verletzete. Dadurch gelang die Festnahme des Täters. Auf Grund des gesammelten Beweismaterials kommt der Festgenommene offenbar zu mehreren Einbrüchen in vermehrte Wohnungen in Frage. Seine Arbeitsweise war der Kriminalpolizei seit längerer Zeit bekannt. Bei den in letzter Zeit verübten Einbrüchen gleichzeitige Furt stehlen dem Täter mitunter ganz beträchtliche Geldbeträge in die Hände. In seinem Besitz hatte der Festgenommene Brecheisen und eine größere Anzahl Schlüssel. Infolge seiner Verletzung wurde er dem Krankenhaus geschickt. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Funktionärkursus

für Parteimitglieder über

Moderne Propaganda

Sonnabend, den 7., u. Sonntag, den 8. Januar

findet im Volkshaus, Dresden-A., Ritzbergstraße, Neuer Saal, ein Kursus statt, in dem die Genossen Arno Hennig, Freital, über „Strukturwandel der Bevölkerung während der letzten Jahrzehnte“, und Johannes Donath, Dresden, über „Die Praxis unserer Propaganda-Arbeit“ referieren werden. Kursusbeginn: Sonnabend Punkt 19 Uhr, Sonntag Punkt 9 Uhr.

Unterbezirksausschuß für sozialistische Bildungsarbeit Groß-Dresden.

Polizeibericht

Einbruch in eine Tankstelle. Vor einigen Tagen wurde in eine Tankstelle im Ortsteil Weißer Hirsch eingebrochen. Der Täter erlangte nur einen kleinen Geldbetrag.

Kuhens Diebstahl. Aus einem Stall in der Orlitzerstraße wurden am 3. Januar ein Stiefel und Lebensmitteln und 250 M. gestohlen. — Von einem Bauwagen in der Gemeniusstraße entwendeten unbekannt Täter in der Nacht zum 30. Dezember 1932 eine eiserne Heißschmelze mit Riemenantrieb.

Schwere Verbrechen. Am 3. Januar in den Ritzbergstunden kam ein Verbrechen an der Straße des Ostteiltes auf der Hauptstraße an der Einmündung der Kugelstraße ins Spiel und sehr engen einen Überfall. Der Wagen wurde zertrümmert. Der Fahrer, ein 64 Jahre alter Kaufmann aus Seibitz, wurde schwer verletzt in das Diakonissenhaus gebracht. — Beim Heberfahren der Blüherallee wurde am 2. Januar in den Abendstunden ein 34 Jahre alter Taktler aus Dresden von einer Kraftmaschine umgefahren und schwer verletzt. Nach den bisherigen Ermittlungen liegt ein Verbrechen vor.

Dresdner Umgebung Kein Raubüberfall in Bannowitz

Ein Räuberbande des Freiheitskampfes

Der Freiheitskampf veröffentlicht unter fester Überschrift einen Bericht über einen angeblichen Raubüberfall in Bannowitz auf drei junge Männer und zwei Frauen, die von 12 Bestien von hinten angefallen, niedergeschlagen, diebstahlmüßig und beraubt worden sein sollen.

Wie wir erfahren, ist das eine der üblichen Lügenmeldungen der Nazipresse. In Wahrheit kamen in der Weihnachtsnacht einige Bannowitzer Nationalsozialisten mit drei Unbekannten in einen Wortwechsel, der rasch in eine Ketterei überging, bei der die Braunhaken allerdings immer die Senge bezogen haben sollen. Von einem Raubüberfall kann jedenfalls keine Rede sein.

Ebenso ist die weitere Behauptung des Freiheitskampfes, daß es sich innerhalb eines Jahres bereits um den achten Raubüberfall in Bannowitz handelt, völlig aus der Luft gegriffen. Anscheinend will der Freiheitskampf mit bezweifelten Lügenmeldungen die Empörung über den Nazifemord abschwächen.

Niederfeld. Eine größere Anzahl Diebstähle sind in der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr bei der hiesigen Polizei angezeigt worden. So wurde am Weihnachtsabend einer Einwohnerin aus Niederfeld im Straßenzug am Bahnhof Niederfeld ein blauer 40x30x12 Zentimeter großer Stoffbeutel mit weichen Metallbeschlägen und ebenfalls großen Zwickeln gestohlen. In dem Koffer befanden sich zwei Porzellanfiguren, eine Bildschüssel, ein Strumpfhaltergarnet und verschiedene andere Gegenstände. — Andere Diebstahlsanzeigen erstrecken sich auf eine Anzahl Fahrräder. Aus dem Hofe einer in der Bismarckstraße gelegenen Gastwirtschaft wurde ein Dreiradfahrrad Marke Wittenberg, mit schwarzen Felgen und ebenfalls großen Zwickeln, am 2. und 3. Januar gestohlen. Zwei Tage später wurde aus demselben Restaurationsgrundstück ein weiteres Fahrrad gestohlen, kurz darauf aber wieder an einer Eisenbahnunterführung im benachbarten Reich vorgefunden. Am

gleichen Tage verschwand auch ein im Garten einer in der Leubener Straße gelegenen Gastwirtschaft eingestelltes Fahrrad Marke Seibel u. Kaufmann, mit schwarzem Gestell. Die in der letzten Zeit wahrnehmbare erhebliche Zunahme von Fahrrad Diebstählen sollte für alle Radfahrer eine eindringliche Warnung sein, ihre Fahrräder nicht unbeaufsichtigt in Höfen oder vor Grundstücken stehen zu lassen, da anscheinend gewöhnlichsmäßige Diebstahlsfälle wieder ihr unfaßbares Handwerk betreiben. Verhängliche Wahrnehmungen teile man sofort der nächsten Gendarmeriestation mit.

Niederfeld. Die von der Amtshausmannschaft Dresden beauftragte Ordnung für die Sperrstraße der Gemeinde Niederfeld vom 28. Juni 1929 lautet vom 4. bis zum 20. Januar dieses Jahres im lehrmanns Gäßchen im Rathaus Niederfeld, Kastentraum, während der Weihnachtsferien aus.

Rathen. Bürgermeister Ränichen ist aufgefunden. Wie bekannt, war der hiesige Bürgermeister Ränichen seit dem 28. Dezember aus Rathen abgängig. Wie nunmehr aus dem hiesigen „Zinnwald“ gemeldet wird, wurde Bürgermeister Ränichen in der Nacht zum Montag in einem dortigen Gasthause erhängt aufgefunden. Man vermutet, daß Ränichen infolge eines Verengens zusammenbrach aus dem Leben geschieden ist. Dienstliche Verfehlungen liegen nicht vor. Ränichen war 57 Jahre alt und seit 1924 Bürgermeister in Rathen.

Parteinachrichten für Groß-Dresden

Secretariat: Wettinerplan 10. 1. 2. - Anruf: 15367 u. 15476

Gruppe Wittich 1. Zeitungsarten werden am Donnerstag, 5. Januar, von 9 Uhr an, ausgeben.

Gruppe Wittich 1. Sammelstunden für die Arbeiterwohlfahrt sind beim Genossen Seibel, Sandbühlstraße 10, abzuhalten.

Gruppe Wittich 2. Freitag, 12. Januar, im Restaurant „Rathen“ Vortrag: „Die Arbeiterwohlfahrt“.

Gruppe Wittich 2. Freitag, 12. Januar, im Restaurant „Rathen“ Vortrag: „Die Arbeiterwohlfahrt“.

Gruppe Wittich 2. Freitag, 12. Januar, im Restaurant „Rathen“ Vortrag: „Die Arbeiterwohlfahrt“.

Vereins- und Versammlungs-Kalender

Freiwillige Gemeinde, Ortsgruppe des Roten Kreuzes für Dresden. Sonntag, den 4. Januar, 18 Uhr, im kleinen Saal des Kaufmannshaus (Eingang: Kaiserstraße). Freitag, den 8. Januar, 18 Uhr, im kleinen Saal des Kaufmannshaus (Eingang: Kaiserstraße). Freitag, den 8. Januar, 18 Uhr, im kleinen Saal des Kaufmannshaus (Eingang: Kaiserstraße).

Gruppe Wittich 3. Freitag, abends 7.30 Uhr, im Volkshaus, 1. Jahresversammlung. Jahresbericht, Neuwahlen. Vorberichterstattung der Funktionsträger. Im gleichen Lokal 6.30 Uhr Sitzung der Funktionsträger der Frauengruppe.

Gruppe Wittich 4. Freitag, abends 7.30 Uhr, im Volkshaus, 1. Jahresversammlung. Jahresbericht, Neuwahlen. Vorberichterstattung der Funktionsträger. Im gleichen Lokal 6.30 Uhr Sitzung der Funktionsträger der Frauengruppe.

Gruppe Wittich 5. Freitag, abends 7.30 Uhr, im Volkshaus, 1. Jahresversammlung. Jahresbericht, Neuwahlen. Vorberichterstattung der Funktionsträger. Im gleichen Lokal 6.30 Uhr Sitzung der Funktionsträger der Frauengruppe.

Stalins Schwiegersohn schleicht!

Warum schweigt die Arbeiterstimme dazu?!

Aus dem täglichen Lügen- und Verleumdungskampf, den die Thälmann-Presse gegen die Dritte Front auf Moskaus Kommando führt, greifen wir heute wiederum nur zwei Beispiele heraus. In unserer Neujahrsnummer brachten wir einen Artikel unseres Parteiorgans, in dem wir die Sozialdemokratie die traditionelle Diskussionsfreiheit der Partei gütlich, daß die Schlangengasse der SPD, aber nicht erhalte werde durch langwierige Zeitungsartikel über innere Fragen unserer Partei. Das nennt das offizielle Kommunismännchen „offizielles Verbot jeder Parteidiskussion“, während Wels' Artikel genau das Gegenteil besagt. Diese Lügen sind wegen dieser Lügen, die auf Befehl der Parteiorgane, ohne mit der Wimper zu zucken, auszusprechen müssen, ohne mit der Wimper zu zucken. Wann haben sie je gesagt, ihre Meinung über die falsche Politik ihrer Oberorgane zu sagen? Schließlich, wenn eine Garnitur gestrichelt und eine andere aus Ruder kam — und dann wieder auf Kommando. So müssen sie es gutheißen, daß Frauen kommunistischer Ober-

der Schwiegersohn Stalins, ein Prominenter der KPD, ist vom Säupting der deutschen Reaktion — um im Stille der Thälmann-Presse zu reden — als ein „ehrlicher brauner Mann“ bezeichnet worden. Wenn Otto Braun wegen Brauns nicht mit dem Kanjler verhandeln soll, was hat dann der kommunistische Führer Brauns mit dem Kanjler zu schleichen? Warum dürfen die Leser der Arbeiterstimme über dieses merkwürdige Tadelmittel nichts erfahren? Will die KPD, etwa den Schleicher-Kurs tolerieren?!

Zodessstrafe für Winterreserve

Aus der Ukraine wird der Voff. Hg. gemeldet: In einem Demonstrationsspruch in der Ukraine wurden mehrere Todesurteile wegen „Sabotage der Getreidebelieferung“ an den Staat gefällt. Unter Anklage standen fast alle leitenden Personen für die Getreideorganisation des Raions Czachow, darunter der Vorsitzende des Raion-Komitees, der Leiter der Kontrollkommission, der stellvertretende Leiter des Exekutivkomitees, Direktoren der Traktorenstation und der Verkaufsanstalt und sogar der Sekretär der Raion-Parteileitung. Alles durchweg verantwortliche höhere Funktionäre des Sowjetapparates.

Die Angeklagten hatten falsche Angaben über angeblich durch Frostschäden verminderte Erntemengen gemacht und waren in ihren Berichten für eine Herabsetzung der Anwaltsleistungen eingetreten. Verschiedentlich hatten sie auch für die ihnen unterstellten Kollektivwirtschaften selbständig die vorgeschriebenen Liefermengen herabgesetzt. Ihr Verhalten ist daraus zu erklären, daß in der Ukraine in den letzten Jahren infolge der zu hohen Anlieferungsquoten und der Beschlagnahme des Saatgetreides Ernteharungen schwierigere unter den Bauern eingetreten waren, denen man jetzt durch die Anlieferung heimlicher Winterreserven vorbeugen wollte.

Das Gericht verhängte als Abschreckungsmahne eine sehr hohe Strafen. Der Parteisekretär und zwei weitere Angeklagte wurden zum Tode verurteilt, den anderen Angeklagten wurden acht bis zehn Jahre Zwangsarbeit subititert.

Der dienstliche Befehl

Das Gericht in Jassy (Rumänien) beurteilte in einem Vaterchaftsprüfung, der ebenfalls Aufsehen wie Fosterleit erzeugte, den Feldwebel eines in Jassy stationierten Infanterieregiments zu sechs Monaten, einen ihm unterstellten Korporal zu zwei Monaten Gefängnis. Der Feldwebel hatte mit einem jungen Mädchen eine Liebeschaft unterhalten, die zu seiner geringen Lohnung nicht ohne Folgen blieb. Als das Mädchen nach seiner Niederkunft von dem Feldwebel die Anerkennung der Vaterchaft seines Kindes verlangte, wies dieser das Ansuchen mit dem Vermerk ab, daß nicht er, sondern sein Korporal der Vater sei. Empört wandte sich der Betroffene an den Kapitän, der die beiden Herren vors Tribunal zitierte. Hier hielt der angeklagte Feldwebel seine Behauptung aufrecht und verwies triumphierend auf die schriftliche Erklärung seines Korporals, die die Angabe bestätigte. Als indessen der Richter zur Verurteilung des Korporals freigesprochen wollte, befam sich der junge Mann und widerrief. Und nun stellte sich heraus, daß der Herr Feldwebel dem Korporal — gleichzeitig mit dem Versprechen einer baldigen Beförderung — den dienstlichen Befehl gegeben hatte, die Vaterchaft zu übernehmen, obgleich er niemals mit dem Mädchen etwas zu schaffen hatte. Das Gericht zeigte wenig Verständnis für diesen selten hohen Grad militärischer Disziplin.

Frauengruppen

Frauengruppe Wittich 1. Freitag, 6.30 Uhr, im Volkshaus, 1. Jahresversammlung. Jahresbericht, Neuwahlen. Vorberichterstattung der Funktionsträger. Im gleichen Lokal 6.30 Uhr Sitzung der Funktionsträger der Frauengruppe.

Frauengruppe Wittich 2. Freitag, abends 7.30 Uhr, im Volkshaus, 1. Jahresversammlung. Jahresbericht, Neuwahlen. Vorberichterstattung der Funktionsträger. Im gleichen Lokal 6.30 Uhr Sitzung der Funktionsträger der Frauengruppe.

Frauengruppe Wittich 3. Freitag, abends 7.30 Uhr, im Volkshaus, 1. Jahresversammlung. Jahresbericht, Neuwahlen. Vorberichterstattung der Funktionsträger. Im gleichen Lokal 6.30 Uhr Sitzung der Funktionsträger der Frauengruppe.

Frauengruppe Wittich 4. Freitag, abends 7.30 Uhr, im Volkshaus, 1. Jahresversammlung. Jahresbericht, Neuwahlen. Vorberichterstattung der Funktionsträger. Im gleichen Lokal 6.30 Uhr Sitzung der Funktionsträger der Frauengruppe.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

7. Kameradschaft (Friedrich Oberl). Unsere Jahresversammlung findet Mittwoch, 12. Januar, im Volkshaus statt. Einladungen ergehen demnach. Der Saal nimmt Donnerstag, 12. Januar, abends 8.15 Uhr, statt die Kameradschaft im Volkshaus, neuer Hof zum Saalbau.

Soz. Arbeiterjugend Gr.-Dresden

Morgen besuchen alle Gruppen die Kundgebung der Partei „Dem. Arbeiterjugend“. Alle müssen erscheinen. Rauf, Sturmabteilung, 19 Uhr, in der Ecke.

Gruppe Wittich 1. Freitag, abends 7.30 Uhr, im Volkshaus, 1. Jahresversammlung. Jahresbericht, Neuwahlen. Vorberichterstattung der Funktionsträger. Im gleichen Lokal 6.30 Uhr Sitzung der Funktionsträger der Frauengruppe.

Gruppe Wittich 2. Freitag, abends 7.30 Uhr, im Volkshaus, 1. Jahresversammlung. Jahresbericht, Neuwahlen. Vorberichterstattung der Funktionsträger. Im gleichen Lokal 6.30 Uhr Sitzung der Funktionsträger der Frauengruppe.

Weihnachtsfeier der Freien Gewerkschaftsjugend

Sonnabend, den 7. Januar 1933, abends 7 Uhr

im Saal, Große Klosterstraße 2, I.

Mitwirkende: Johannes Paul (Rezitationen), Kurt Krauß (Musik), der Singskreis der FGJ, und Konzertsängerin Doris Winkler (Alt), Hans Reichstein.

Unkostenbeitrag 10 Pf., Erwerbslose frei.

Unsere jungen Freunde, Eltern und Freunde der Jugend sind herzlich eingeladen.

lungen mit den „Lügenweibern der Bourgeoisie“ wetteifern, daß die sozialistischen Übergewaltigen „prassen und schlingen“ dürfen, während die bürgerlichen Leute, die daneben stehen, von der Lügenstimme im Bild benutzert und beschimpft werden müssen. Eine widerliche Feindschaft!

Keinlich treibt es die Arbeiterstimme mit einer Meldung über Otto Braun. Die Sozialdemokratie fordert, daß in Preußen die verfassungsmäßige Regierung wiederhergestellt und der Tracht-Schleicher-Kurs erwidert werde. Deswegen soll zwischen Otto Braun und Schleicher eine Unterredung stattgefunden haben. Für politische Menschen die selbstverständliche Sache der Welt! Die kommunistische Lügenstimme aber verzieht die Meldung mit dem schönen festgedruckten Schändchen:

Vor allem ist diese Unterredung ein neuer Beweis, daß die SPD-Führer sich immer offener in die „Dritte Front“ des Kanzlergenerals einreihen.

Genau so hat das Blattchen gegen Leipzig gehandelt. Wenn aber jede Unterredung mit Schleicher für die Thälmann-Lasalen ein Lolerierungszeichen sein soll, was hatte dann die Unterredung zwischen Schleicher und dem kommunistischen Oberbongon Heinz Neumann für einen Zweck? Das haben wir schon einmal gefragt; die Lügenstimme schweigt sich dazu aus und gibt damit die Unterredung zwischen dem Schwager Stalins und Schleicher zu. Wir wiederholen: Warum mit der Sprache. Was haben die zwei miteinander geteilt? General Schleicher hat sich zum kommunistischen Neumann (siehe Anerkennung über den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Torgler geäußert. Wie kommt er dazu? Und

Morgen aufpassen! Zeppelin kommt!

Sachsen

Erneutes Steigen der Arbeitslosenzahl in Sachsen

Vom Sächsischen Gemeindetag, Dresden A 1, wird uns folgendes mitgeteilt:

Die in der Jahreszeit begründeten Verhältnisse bedingten in Sachsen im November 1932 gegenüber den vorhergehenden Monaten ein Steigen der Arbeitslosenzahl. Das Anwachsen der Arbeitslosen war aber um über die Hälfte geringer als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Auf 1000 Einwohner entfielen Ende November in Sachsen 129 und im Reich 86 Arbeitslose. Von diesen Arbeitslosen wurden, auf 1000 Einwohner berechnet, unterstützt:

- In Sachsen: 13 von der Arbeitslosenversicherung, 23 von der Krisenfürsorge und 59 von der gemeindlichen Erwerbslosenfürsorge.
- Im Reich: 10 von der Arbeitslosenversicherung, 18 von der Krisenfürsorge und 37 von der gemeindlichen Erwerbslosenfürsorge.

Die Gemeinden mußten für die Wohlfahrtsverwalter über 66 Prozent mehr aufwenden als im Vorjahre, und zwar betrug der Aufwand im November 14,55 Millionen Mark. Hierzu kommt noch das von den Gemeinden zu tragende Krisenfünftel in Höhe von 1,21 Millionen Mark. Aus der Reichshilfe erhielten die Gemeinden 11,17 Millionen Mark. Diese Reichshilfe darf aber nicht allein dem monatlichen Aufwand gegenübergestellt werden, da die Gemeinden bereits aus früheren Jahren, in denen die Reichshilfe noch nicht oder nur sehr spärlich floß, durch die Arbeitslosigkeit vorbelastet sind.

Von der Gesamtzahl der Arbeitslosen wurden Anfang Dezember in Sachsen 34 Prozent, im Reich dagegen 5,3 Prozent im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt.

Die Bemessung von Unterstützungen

Erlaß einheitlicher Richtlinien

Zur Vermeidung wechselläufiger Unterschiede in den einzelnen Bezirksfürsorgeverbänden für die Bemessung von Unterstützungen hat das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium soeben einheitliche Richtlinien für die Anrechnung des Arbeitsverdienstes auf Grund des Sächsischen Wohlfahrtssteuergesetzes erlassen, nachdem die Ämter sich selbst einander schon ungefähr angelehnt worden sind.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß der Lebensbedarf eines arbeitenden Menschen höher ist als der, der nicht arbeitet, und daß ferner die Beiträge zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit führen soll. Deshalb ist zweckmäßig einen Teil des Arbeitsverdienstes bei der Bemessung der Unterstützung nicht anzurechnen. Er soll hierbei auch kein Unterschied zwischen regelmäßiger Arbeit oder Gelegenheitsdienst gemacht werden. Ebenso wenig statthaft ist eine Unterbindung der Anrechnungsbasis danach, ob es sich um die Arbeit des Ehemannes oder der Ehefrau handelt.

Anderes liegt es bei den im Haushalt der Eltern lebenden verheirateten Kindern. Da sie nach bürgerlichem Recht in engeren Grenzen ihren Eltern gegenüber unterhaltspflichtig sind als die Eltern ihnen gegenüber, und da ferner vorgebeugt werden muß, daß die Kinder nicht lediglich wegen des Verschleißes der Wohlfahrtsunterstützung die Familiengemeinschaft durch Wegziehen lösen, soll bei diesen Kindern die Mindestgrenze des Arbeitsverdienstes bei Berechnung der Unterstützungen größer sein als bei den Eltern. Demnach für Eltern als auch für Kinder gilt aber, daß die Höchstgrenzen so festzusetzen sind, daß Unterstützung und freiwilliger Arbeitsverdienst das Anderthalbfache des Richtsatzes nicht übersteigen.

Der Verdacht gegen Bennede

Wie wir erfahren, sind Einzelheiten bezüglich der Verhaftung, die die Staatsanwaltschaft dem Abgeordneten Dr. Bennede vorwirft, noch nicht zu ermitteln gewesen. Es besteht aber schwerwiegender Verdacht, wenigstens bezüglich der Mitwisserschaft Dr. Bennedes nach der Tat. Ob ihm auch eine Mitwisserschaft vor der Tat zur Last fällt, erscheint einweilen noch zweifelhaft.

Neuerdings wird in Kreisen der ausgetretenen Nationalsozialisten die Behauptung verbreitet, daß Bennede am 18. November an der Talperré von Walter die Stelle besichtigt habe, an der die Leiche des Henrich abgeworfen worden war und am zweiten Weihnachtsfeiertag gefunden wurde.

Landtag und Fall Henrich

Der Landtagsvorstand tritt am Donnerstag vor-mittag zusammen, um über den sozialdemokratischen Antrag, nach dem der Landtag zur Behandlung des Falles Henrich bereits am 10. Januar zusammentreten soll, Beschluß zu fassen. Der Rechtsausschuß, der den Antrag des Generalstaatsanwalts auf Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Dr. Bennede vor der Entscheidung des Plenums prüfen muß, wird voraussichtlich schon in den nächsten Tagen zu diesem Zweck zusammentreten, so daß das Plenum über diesen Antrag gleich in seiner ersten Sitzung beschließen kann.

Landtagsabgeordneter Dr. Bennede teilt mit, er werde wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen und noch vor dem voraussichtlichen Zusammentritt des Landtages am 10. Januar in einer öffentlichen Versammlung zu den gegen ihn in der Presse erhobenen Beschuldigungen im Falle Henrich Stellung nehmen.

Holland Sachsen

Kund'unterrede des Innenministers

Minister des Innern Richter sprach gestern Dienstag, 21. Uhr, im Leipziger Rundfunk über den Rotwinter 1932/33.

Aber leider sei die Möglichkeit des Helfens noch nie so schwer gewesen wie heute. Auch der Verdienst derjenigen, die bisher helfen konnten, sei geschrumpft. Dresden brauche jährlich 8000 K. nur für Unterstützungsaufwand, wozu noch eine Million Mark.

Auf über 13,5 Millionen Mark belaufen sich in Sachsen allein die monatlichen Aufwendungen für die Wohlfahrts-erwerbslosen.

Leider seien die Mittel für das äußerst ertragslose Maß herabgesetzt worden wegen der Not von Reich, Ländern und Gemeinden. Gerade deshalb mache die öffentliche Hilfeleistung eine Ergänzung durch freiwillige Hilfeleistung notwendig. Die beiden großen Organisationen des sächsischen Hilfswertes, die Winterhilfe der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände und die „Solidarität“, also das Gesamtwort der Arbeiterverbände, hätten in drei Millionen mit großem Erfolg gearbeitet. Im letzten Jahre konnten 2,5 Millionen Mark, fast zwei Millionen Hilfsbedürftigen und 0,25 Millionen Kinder in Notlagen zusammengebracht, den Notleidenden über vier Millionen Essen gegeben und 156 Wärme- und Leseheften, 235 Käs- und Milchbüchsen zur Verfügung gestellt und 430 Kurse für Erwerbslose abgehalten werden. Der Wert all dieser im vorigen Winter ge-

Drohungen gegen Henrichs Freund

Der Leipziger Zeitung wird aus Dresden gemeldet: Die Aufhebung des Wortes an dem SA-Mann Henrich ist vornehmlich den Bemühungen eines SA-Funktionärs Urban aus Dresden zu danken. Urban war Henrichs bester Kamerad und hat immer wieder die „Amtsstellen“ der NSDAP und die Kriminalpolizei mit Fragen nach dem Verbleib seines Freundes beunruhigt. Während nach die Kriminalpolizei behauptete, Henrich komme wieder, hat Urban schon darauf hingewiesen, daß sein Freund ermordet worden sei. Die ganze Zeit der Entlassung richtet sich jetzt gegen Urban. Anonyme Kurse drohen ihm ein gleiches Ende an, wie es Henrich bereitet wurde; auch vor Frau und Kindern werde man nicht haltmachen;

die Talperré sei für Urban noch zu flach, er werde an einer anderen Stelle „Sachhüften“ Henrichs Leiche wurde in einem Saal verschüttet gefunden) machen müssen. Das Polizeipräsidium hat Urban sofort einen Waffenschein ausgestellt, ein Feldes, daß diese Drohungen auch an Amtsstellen nicht ganz leicht genommen werden.

In den letzten Tagen haben SA-Kameraden telefonisch getarnt: „Wann dich in acht. Sie wollen es mit dir genau so machen wie mit Henrich.“ Ein SA-Mann wagte es — allerdings bei Nacht —, Urban aufzusuchen und ihn einbringlich zu warnen: „Geh' nie ohne deine Karte aus. Kannst du denn nicht eine Weile verschwinden?“

Die nationalsozialistische Propaganda geht jetzt dazu über, in der unüberlegtesten Weise den toten Henrich zu verleumdern. Er sei ein kommunistischer Spion gewesen und habe einer französischen Nachrichtensache in Prag Material über eine angebliche „Schwarze Reichswehr“ in Verbindung mit der NSDAP übergeben.

leisteten freiwilligen Hilfsarbeit könne immerhin auf acht bis neun Millionen Mark beziffert werden. Die beiden Verbände hätten auch in diesem Winter ihre Tätigkeit wieder aufgenommen und neue Wege der Mittelaufbringung gesucht, so namentlich durch die Straßenlotterie, deren Erlös beiden Hilfswerken zugute komme.

Der Minister hat um tatkräftige Unterstützung dieses Hilfswerkes und um allseitige Hilfe.

Deutsche Delegation für Genf

Die Kosten der Arbeitslosigkeit - Jährlicher Rohausfall 81 Milliarde Mark

Die deutsche Delegation für die internationale Arbeitszeitkonferenz, die am 10. Januar in Genf zusammentritt, ist zusammengestellt. Die Reichsregierung entsendet Ministerialdirektor Sailer, Ministerialrat Reibel und Regierungsrat Dr. Weber. Die deutsche Arbeitgeberequipe wird vertreten durch Kommerzienrat Vogel, Chemiker. Seine drei Sachverständigen sind Syndikus Dr. Pfeffer, ferner Krüger und Dr. Erdmann von der Arbeitgebervereinigung. Der führende Arbeitnehmervertreter wird diesmal nach dem Tod von Hermann Müller, Lichtenberg, der frühere heftige Jugendminister Leuschner sein. Auch er wird begleitet von drei Sachverständigen: Spließ vom ADGB, Demmer von den Christlich-Sozialen Gewerkschaften und Kreis von den Christlichen Gewerkschaften.

Für die Konferenz hat das Internationale Arbeitsamt einen Bericht „Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit“ ausgearbeitet. In ihm werden u. a. auch einige interessante Zahlen über die Kosten der Arbeitslosigkeit mitgeteilt. In Deutschland ist der Gesamtaufwand der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtsverbände der Gemeinden von 13,1 Millionen Mark im Jahre 1928 auf 27,3 Millionen Mark im Jahre 1931 gestiegen. In Großbritannien haben sich die Ausgaben der obligatorischen Arbeitslosenversicherung von 1924/25 bis 1930/31 ungefähr verdoppelt (101,3 Millionen Pfund) und für 1932/33 schätzt der Reichsminister den Aufwand auf etwa 120 Millionen Pfund. In Italien betrug der Gesamtaufwand der obligatorischen Versicherung 1925 rund 23 Millionen Lire und 1930 rund 115 Millionen Lire; die Ausgaben sind auch in Italien weiter gestiegen. In Belgien liegen die Ausgaben bei 32 Millionen Frank im Jahre 1930 auf 365 Millionen Frank im Jahre 1931. In Holland haben sich die Ausgaben in den letzten sieben Jahren mehr als verdreifacht; das gleiche gilt für Polen. In der Schweiz liegen die Ausgaben von 1925 bis 1931 von 2,6 Millionen Frank auf 37,6 Millionen Frank; in diesen Zahlen sind die Ausgaben der öffentlichen Kostenträger und der privaten Verbände nicht mitenthalten.

Die Unterstützungskosten sind natürlich noch lange nicht die Gesamtkosten. Zur Unterstützung kommen noch Rohausfall, Schwächung der Kaufkraft, Behinderung der Volksgesundheit, Zunahme der Kriminalität usw. Nach einer Schätzung des Internationalen Arbeitsamtes betrug der jährliche Rohausfall von etwa 24 Millionen Vorkriegsloshen in 20 Staaten 84 Milliarden Mark.

Neues aus aller Welt

Kochs Körperkulturschule aufgelöst

Die bekannte Berliner Körperkulturschule Adolf Koch wurde auf Anordnung des kommissarischen preussischen Kultusministers Dr. Köhler durch Verfügung vom 27. Dezember 1932 auf Grund eines von den Schulbehörden geforderten Verbots aufgelöst. Damit hat die schädliche Mindererziehung ein Ende genommen. — Koch mit Schülern war auch in Dresden. Seine Radfahrten konnten nur bei innerlich schon völlig verfaulenden Menschen Aufstoß erregen.

Mann erschlägt Frau und Kind

Pottropp (Schlesien), 3. Januar. (Eig. Drahtbericht.) In der Nacht zum Dienstag geriet der Bergarbeiter Jagalski mit seiner Frau in Streit. Mit einem Hammer getrimmerte er die Frau und seinem fünfjährigen Adoptivkinder die Schädeldecke. Beide sind in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus eingeliefert worden und dürften kaum mit dem Leben davonkommen. Der Täter ist geflüchtet.

Mit neun Mann untergegangen

Etwa drei Meilen südlich der schottischen Stadt Aberdeen wurde der dort stationierte Frachtbunker „Benetia“ im Sturm auf ein Felsenriff geworfen. Das Schiff erlitt schwere Beschädigungen und sank. Die Besatzung, neun Mann, ertrank.

Der älteste deutsche Gasthof

Freiburg im Breisgau macht neuerdings den Anspruch geltend, den ältesten deutschen Gasthof zu besitzen. Man fand im hiesigen Archiv eine Urkunde aus dem Jahre 1387, aus der hervorgeht, daß der Freiburger Gasthof „Zum Bären“ bereits im Jahre 1291 gegründet wurde.

Mittelalter

Das belgische Dorf Weuring in den Ardennen bildet seit langem den Mittelpunkt einer starken Erregung der dortigen Bevölkerung. Fünf Kinder im Alter von 9 bis 14 Jahren, vier Mädchen und ein Knabe, geben vor, daß ihnen zuerst am 29. November und seither wiederholt im Garten der Schulmutter von Notre-Dame die Heilige Jungfrau erschienen sei. Die Kinder und auch die Bevölkerung glauben, daß es sich um eine Wiederholung der Wundererscheinungen von Lourdes handle.

Unter Veränderung der Stimme geraten die Kinder in Ekstase, die etwa fünf Minuten dauert. Nach Angaben der Kinder antwortete die „Erscheinung“ auf ihre Frage, was sie tun sollten, zuerst mit einem Räseln, in späteren Ekstasen forderte sie die Errichtung einer Kapelle an dem Ort ihres Auftretens.

Durch diese Forderung wird allerdings das „Wunder“ etwas verständlicher. Mit der Errichtung einer Kapelle würde das Dorf zu einem Wallfahrtsort mit allen den damit verbundenen materiellen Vorteilen. Bedauerlich an diesen sehr durchsichtigen Vorgängen bleibt nur die Verwendung von Kindern zu einer großschätigen Spekulation, die den Wunderglauben einer unglücklichen Landbevölkerung zu einträglichen Finanzoperationen auszubenten versucht.

Kran ins Meer geworfen

In Bergen (Norwegen) wurde ein 40 Meter hoher und 60 Meter langer Äpfelkran im Sturm, der mit 43 Sekundenmeter Geschwindigkeit die Küste entlang raste, ins Meer geschleudert.

Die Kranke von Kommerdreuth

In den letzten Jahren war um Therese Neumann von Kommerdreuth etwas Stille eingetreten. Kürzlich wurde die Leffenlichkeit durch die Meldung überträgt, daß die bayerische Bischofskonferenz Therese Neumann aufgefordert habe, sich in einer Unversehrtheitsuntersuchung zu unterziehen. Demnach wurde die Debatte vertagt, es sei unrichtig, daß die Untersuchung gerade in einer Unversehrtheitsklinik stattfinden sollte.

Die Familie Neumann, von der die endgültige Verwirklichung des bischöflichen Beschlusses abhing, hüllte sich lange Zeit in Schweigen. Nunmehr soll, nach einer Meldung der Münchener Zeitung, Kaplan Fajjel in einem Vortrag in Vichtenfelds erklärt haben, Therese werde der bischöflichen Aufforderung, sich in einer Klinik untersuchen zu lassen, nicht Folge leisten. Die Weigerung dürfte, so führte Kaplan Fajjel aus, nicht als Ungehorsam angesehen werden. Nicht Eignung halte Therese davon ab, der Meldung der Bischofskonferenz zu folgen, sondern die „Eingebung einer inneren Stimme“, der sie allein Gehorsam leiste.

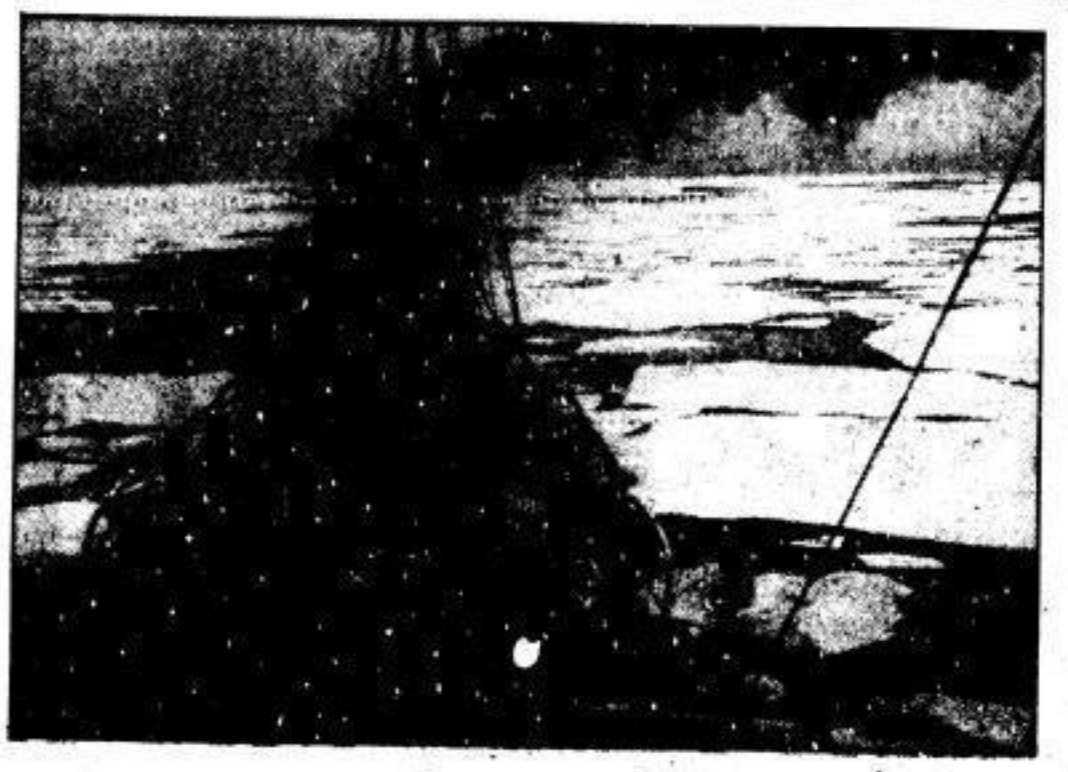
Die „innere Stimme“ wird schon wissen, warum sie Therese Neumann nicht in die Behandlung erfahrener Ärzte kommen lassen will, die das Wunder von Kommerdreuth wahrscheinlich sehr rasch als einen Fall schwerer Hysterie aufklären würden.

Kirchenbrand

Die Kirche von Meul de la Jara, in der Nähe der spanischen Stadt Sevilla, wurde durch Brandstiftung eingeschifert.

Eisbrecher Malgin im Sinken?

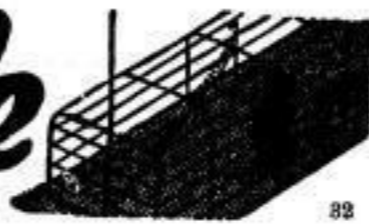
Berlin, 4. Jan. (Eig. Funk.) Der sowjetrussische Eisbrecher Malgin ist im Nordischen Eismeer in voller Fahrt im Dunkel der Nacht auf einen Eisberg gestoßen und hat sich dabei ein großes Led ausgezogen. Sofort nach dem Unglück wurden SOS-Rufe ausgesandt, die von den Funkstationen an der Eismeerküste aufgefangen wurden. Die Funkstationen haben während der Nacht in funktentelegraphischer Verbindung mit Malgin gehalten, jedoch hörten die Signale plötzlich auf. Man behauptet daher, daß der Eisbrecher im Sinken ist. An Bord des Malgin befinden sich über 100 Mann Besatzung.



44. J... Roman... hier wird... nicht selber... gefeiert... Das... Na, mas? Na, bis na... Oben... Meider... die auf... betaus... aufmachte... Und unter... In der ein... den. — Z... warf, gelang... waren. Un... eingewickel... der andern... in der Wille... lina wartete... wählte sie an... Anfang hier... das Gescheh... nur ein paar... fassenbuch... dazu. In ei... Das G... blinken und... Wenn sie die... an den Fens... sie hatte, wü...

Die Mausefalle

Roman von Erna Weissenborn-Dancker



„Ich kann ja auch dir mal was schenken. Deine Schwester wird nachher noch genug von mir bekommen. Also nimm's hin. — Oder willst du's nicht haben?“
„Doch.“ Sie packte das Paket zusammen. „Danke.“
„Bitte. — Gefällt sie dir?“
„Ja.“
„Kostet auch 'n gut Stück Geld. Ich hab' die beste gekauft. Die da war.“
Sie schöpfte die Suppe auf. Er fing an zu löffeln.
„Freust du dich drüber?“
„Ich muß' nötig eine haben. Jetzt brauch' ich das Geld selber dranzulegen.“
„Soviel hättest du selber ja überhaupt doch nicht angelegt.“
Das Paketchen wippte auf ihrer Hand.
„Soviel? — Ne, soviel grad' nicht.“
„Na, siehst du. Hab' doch 'n noblen Moment gehabt.“

„Ja, wahrhaftig. Aus den Wolken fällt man beinahe. Na, bis nachher. Ich will's noch raufbringen.“

Oben in ihrer Kammer packte sie die Tasche zu dem Kleider-, Schürzen- und Leinwandstoffs und zu den Schuhen, für die der Herr ihr gestern das Geld gegeben, schloß das Schubfach auf und kramte den Kasten unter Wäsche und Strümpfen heraus. Ein schlechter, brauner Papptasche, wenn man ihn aufmachte, lag ein einfaches gefaltetes Zeitungsblatt darin. Und unter der Zeitung ein paar Taschentücher und dann — in der einen Ecke Scheine, Zehnmarkscheine, ein kleines Fünftel. — Sie hatte jedes Groschenstück das man ihr abends hingeworfen, gesammelt, immer gesammelt, bis die zehn Mark voll waren. Und dann so einen hübschen, neuen Schein dagegen eingewechselt und rordelnd in den Kasten hineingelegt. — In der andern Ecke Silber, Taler und Fünftelmarkstücken. Und in der Mitte Nickel und Kupfer, das wieder auf die Verwandlung wartete. Ihre Fingerringe glitten darüber hin. Dabei sah sie an der Reihe der Wachen, die imstande waren, den Anfang hier zu verdoppeln und zahlte den Betrag hinzu, den das Geschenk des Wirtes ihr freigab. — Ein paar Jahre hier, nur ein paar Jahre. Im Winter würde man sich ein Sparfossenduch zulegen. Das half mit seinen Finken auch noch dazu. In ein paar Jahren, wer wußte, wieviel es dann war. Das Geld im Kasten warf Funken, die Silberstücke blinkten und Dela Röper hatte einen mutwilligen Gedankens. Wenn sie die Spelunke hier verließ, dann sollten sie überall an den Fenstern stehen und ihr nachschauen. Das Beste, was sie hatte, würde sie anziehen, das Allerbeste. Und draußen

sollte ein Wagen halten, einer mit zwei wunderschönen, wilden Pferden. Ob ihr eigen oder nicht, das war für jenen Augenblick gleich. Aber stehen sollte er da, der Wagen. Und sie würde einsteigen, im Samt der Polster lehnen, lachend Blumen aufhängen, die die Wäste ihr nachwarfen — vielleicht einmal zurückwinken. Und die Pferde würden ungeduldig steigen, würden anziehen und herumrennen. Rund um den gelben Platz herum, unter den spärlichen, armen Bäumen hin. Die Destillation würde sich in den Hintergrund schieben, weiter, immer weiter in die Ferne hinein, alles Dunkle, alles Enge und Gähliche blieb, und sie, Dela Röper, saß in sonneniges Land hinaus.

Sie verbergte das Geld und deckte den Deckel über den Kasten. Nur Gesicht bräunte, als sie ihn wieder unter die Wäste schob und den Schlüssel abgab. — Rastlos, so würde man es machen. Als man kam, hatte man sich den Groschen für die Elektrizität noch überlegt. Abfahren aus diesen Mauern würde man nur im Wagen mit zwei schönen, prächtigen Pferden.

„In Ende der Woche fing der Reisende Hoffnung auf neue an, in lebhaften Farben die Freunde eines Sonntagsausfluges zu schildern.“

„Und nun, Fräulein Dela, frage ich Sie zum letzten Male.“

Der Kote sah im Ausschau.

„Frage Sie mich wieder, Hoffnung. Nun können doch mir. Nehmen Sie sich Ihre Plomme vom vorigen Sonntag mit.“

„Dela wandte sich um. Der Blick des Kotes hatte sie gepackt, daß sie's im Nacken wirkte. Eine Erkenntnis klopfte ihr durch den Kopf. — Er will nicht, daß ich mitauche. Aus irgendeinem Grunde will er's nicht. — Der Reisende Hoffnung helle noch einmal nach.“

„Zum letzten Male frag' ich, Fräulein Dela.“

„Ich geh' mit“, sagte sie da. Ganz kurz und hart war ihre Stimme. „Ich geh' mit, Herr Hoffmann.“

„Und nun wieder der Hoffnung: „Is das nu wirklich Ihr Ernst, Fräulein Dela?“

„Ja.“

„Sond' drauf.“

Sie reichte ihm die Hand hin.

„Wenn man Ihre Hand hat, kann man sich denn dann darauf verlassen?“

„Dann können Sie sich darauf verlassen, Herr Hoffmann.“

„Viel Vergnügen“, bemerkte der Knecht vom Ausschau her.

„Danke, Franz.“ Der Reisende Hoffnung strahlte.

„Danke, danke. Wir werden uns schon amüßieren, kleine Maus. Da soll 'n Fest beim Kaiser von China nichts dagegen sein.“

„Aber nicht knausern, Herr Hoffnung. Das kann ich in den Tod nicht leiden.“

„Is meine Manier nich, Kleine. Wenn mich jemand recht freundlich behandelt, dann sitzen mir die Groschen auch locker.“

Der Wirt trat mit dem Produzentenhändler Knabbelbusch ein, und das Gespräch verstummte, wie auf ein geheimes Kommando. Der Reisende Hoffnung beschränkte sich darauf, dann und wann einmal mit den Augen zu sprechen, und der Kote stand und starrte gelangweilt auf die Tischplatte.

Schließlich rief jemand aus dem Vordrumsimmer nach ihm. „Franz! — Komme mal her, Franz, halt me' für 'n Augenblick den Platz für mich.“

Er strich an Dela vorüber.

„Nimmst zugucken, wenn du's gern siehst. Is aufregend, so 'ne Tour.“

„Ne, ich bleib' lieber hier.“

Der, den der Kote vertreten sollte, kam eilig vorbei.

„Ne Minute, Franz. Meine Frau hat ans Fenster geklopft. Schnell sehen, was die schon wieder will.“

„Sehen Sie doch was beim Franzeken zu, Fräulein.“

„Da lieh sie doch noch hinterher.“

Der Kote sah schon am Koferbrett. Die Einsätze klirperten. — „Herz ist Trumpf. — Vier — be — der Vube für mich, 'n mageres Vergnügen.“

Die ersten Karten kamen geflogen. Die andern hekten hinterher.

„Ne, Franz, zahlen!“

Der Kote verlor. Er verlor auch das nächste Mal.

„Unalück im Spiel. Glück in der Liebe“, rief einer.

„Gut, daß die Geschichte nich aus meiner Kasse geht.“

Der Franz mischte die Karten. „Auf die Liebe vespel' ich.“

Wieder die klingenden Groschen. Der Kote verlor zum dritten Male.

„Da stand Dela Röper hinter ihm.“

„Gib her. Laß mich mal. Hast du Geld bei dir? — Dann leih' mir was — 'ne Mark, und schick' den Stram hier beiseite. Ich wüßte für mich selber.“

Der Kote erhob sich und strich das Geld, mit dem er gespielt, in die Hände. Die Braune zog sich den Stuhl heran, und das Markstück klappte auf die Platte. Dela nahm es auf und drehte es. — „Verlier' ich dich, hör' ich auf. Gewinn' ich, is's gut.“

Die am Tisch lachten. Einer wechselte die Mark in Nickel um. Dann setzte man. — „Neumal, Fräulein Dela.“

„Ich weiß. — So, und nun los.“

„Ohne jede Unruhe nahm sie ihre Karten.“

„Kreuz“, sagte einer.

Sie streckte die Hand.

Fortsetzung folgt.

Wilhelms II. Urgroßvater

(Fortsetzung.)

Er schrieb etwas konfus:

„Ich konnte nicht glauben, Meines, daß Sie so dicht vor der Niederkunft standen, wie Sie es sich einbildeten; aber wenn dieser Augenblick kommt, dann seien Sie meiner größten Teilnahme und meiner Wünsche für Ihr Glück sicher. Sie sind vernünftig und ich wünsche Sie Ihre Geliebte. Ich habe Sie schon einmal gesagt, daß Du Dich als Witwe eines höheren französischen, in Polen getöteten Offiziers ausgeben sollst. Du wirst unter dem angenommenen Namen des Wirtes, den Du wirst wählen können, leben. Aber Du mußt ihn mir schreiben. Außerdem empfehle ich Dir noch einmal, distanz zu sein und keine Tummelereien zu machen. Ich habe Gründe, daß ich es nicht will. Nur unter dieser Bedingung werden wir Freunde bleiben. Kenne mich nicht, an wen es auch sei. Lebe wohl, der Himmel möge Dich unter seinen Schutz nehmen.“

Gleichzeitig schob er Mutter und Säugling von Koburg nach Frankfurt am Main ab, wo auf seinen Befehl hin die Griechin als Witwe eines hannoverschen Offiziers zu leben hatte. Mit einer weiteren Geldsendung dankte er von Koburg aus für Haare vom „cheer peht“, „de naise belle ange“, des gegen seinen Willen Ernst August gelaufenen Kindes. Im Jahre 1849 besuchte er beide in Frankfurt, war gerührt über die ärmlichen Verhältnisse, in denen er sie fand, versprach für Verbesserung zu sorgen und reiste ab, ohne das geringste für Mutter und Kind getan zu haben; der arme Mann, der zu den weitläufigen Landesherren ganz Deutschlands gehörte. Weitere Versprechungen folgten, große Beträge wurden in Aussicht gestellt, bis man sich zuletzt auf die fürstliche Summe von zehn Louisdor monatlich einigte, die Pauline für das Kind erhalten sollte. Sowie die Griechin mußte schließlich zehn Gulden borgen, um Nahrungsmittel zu kaufen.

Unter den guten Lehren, die ich vom Herzog empfing, gab er mir oft auch die: ohne Geld auszuhalten und keine Schulden zu machen. Das höchste Wesen lebt und weilt immer in seinen Liebesbriefen. Er verwies auf Gott selbst und bezahlte mich mit Gebeten.“

Pauline überfiel die von Frankfurt nach dem wohlfeilsten Wilhelmshaus bei Hanau. Hier bot ihr ein alter französischer General an, sein Vermögen mit ihr zu teilen, wenn sie ihm als Pflegerin nach Paris folgte. Zur Ordnung ihrer Verhältnisse sollte sie sofort 100 000 Livres erhalten. Sie schlug das Anerbieten aus, teilte es aber nach Koburg mit. Da spielte der edle Herzog wieder den Eiferfüchtigen. Eines Morgens früh um 6 Uhr trat er in Wilhelmshaus ein, trieb Pauline aus dem Bett, untersuchte wutschreiend einen großen Schanz, um den verstorbenen Liebhaber zu entdecken, den alten, kranken Offizier. Als er niemand fand, spielte er den Gerührten, nahm Pauline mit nach Frankfurt, wo schon eine andere Begleiterin auf ihn wartete, mit der er spielte, während er Pauline im Waldhof allein gelassen hatte. Wieder konnte es noble Versprechungen, aber Geld ließ der Herzog weder zurück, noch sandte er es aus Koburg. In ihrer Ratlosigkeit entschloß sich Pauline, noch einmal ihr Glück in Koburg zu versuchen. Der Herzog und seine liebe Mama waren außer sich darüber, daß die kleine Französin ihre Drohung, bei ihnen vorzutreten, wahr gemacht hatte. Die Herzogin empfing das junge Mädchen mit folgender Ansprache:

„Mein liebes Mädchen, wie sind Sie schön! Der Herzog hatte nicht unrecht, als er mir sagte, daß Sie von Tag zu Tag schöner werden. Dieses Kleid von levantinischem Blau, dieses Strohhut und dieser große Schürzer Heiden Sie wunderbar. Gehen Sie sich ja mit, elegante Reisende; Sie wissen, daß ich Ihnen böse sein muß!“

Pauline, nun nicht mehr naib genug, auf solche Angel an-

zubeißen, begann vom Zweck ihrer Reise zu sprechen. Seufzend antwortete ihr die Alte in halbwegs französischer Sprache:

„Ah, mein Gott, wir sind selbst in einer sehr kritischen Lage. Die Zukunft der Zeit und des Landes können uns von heute auf morgen alles, was wir auf der Welt haben, hinwegraffen. Was fürchten Sie denn aus Ihrem Kinde machen? Einen Herzog, einen König, einen Kaiser?“ Das Opfer entgegnete: „Einen Mann, und um dahin zu gelangen, ihn gut zu erziehen.“ Die Herzogin erwiderte: „Weil mir das Kind, ich werde es unterbringen... irgendein braver Bauer wird sich seiner annehmen — Pauline, nehmen Sie sich in acht! Sie haben vielleicht von einer Schweizerin sprechen hören, einer Frau... Sie stellte auch Ansprüche... Man hat ihr das Kind genommen. Sehen Sie, was aus ihr geworden ist. Jung und hübsch, wie Sie es sind, haben Sie noch eine Zukunft und viel Freude dar sich. Seien Sie vernünftig. Geben Sie mir das Kind, und amüßieren Sie sich in Paris!“

Also wieder der bei einer deutschen Fürstin sonderbar anmutende gute Rat, sich in Paris ihres Körpers als Handelsobjekt zu bedienen. Nun war aber endlich die Geduld Paulines erschöpft. Energisch erklärte sie, so lange in Koburg bleiben zu wollen, bis



Zwei Freunde

Eine Visiette mit den Porträts des großen Romanikers E. T. Hoffmann und seines Freundes, des genialen Schauspielers Ludwig Devrient, wurde jetzt an der Hausfront der historischen Berliner Weinstraße von Mutter und Begleiterin angebracht.

man über ihr und ihres Sohnes Schicksal entschieden habe. Solche Freiheit durften sich natürlich die hohen Herrschaften nicht bieten lassen. Man schwor fürstliche Rache, es kam aber nur eine fürchterlich gemeine zustande.

In dem Waldhof angeht des herzoglichen Schlosses erschienen herzogliche Bediente und warfen einfach die Sachen Paulines aus dem Fenster. Befehl war ferner erteilt, der Griechin keine Lebensmittel zukommen zu lassen. Man ging so weit, ihr das Fürtchenkind entreißen zu wollen. „Ungeheuer“, rief die Mutter den Leuten des Herzogs entgegen, „Ihr könnt den Sohn eures Herzogs töten, aber ihr müßt die Mutter zuvor morden!“ Die Leute standen verblüfft. „Es ist der Sohn vom Herzog?“ sagten sie untereinander. „Ach, der Herzog ist böse!“ Damit gingen sie fort.

Diese Tragikomödie währte einen vollen Monat und wurde am 26. April 1810 durch einen Vertragsabluß beendet, nach dem Pauline eine jährliche Pension von 3000 Franz zugesichert wurde, wenn sie so bald wie möglich „les états de S. A. S. Monseigneur le Duc de Saxe-Coburg“ verläßt.

Glücklich und zufrieden begab sich nun das Opfer nach Dresden. Auf der Reise wurden noch andere kleine Püchlein ausgehört. Man verweigerte der Frau Nahrungsmittel, verhöhrte sie und wollte sogar den Sohn der Liebe prägen!

Solche Lebensschicksale vergah man aber sehr bald in Koburg, und statt auf die Briefe zu antworten, reiste der Herzog selbst nach Dresden, suchte Ausöhnung, ver sprach in seiner fürstlichen Großmüt die Rente auf 6000 Franz zu erhöhen, dachte aber nicht daran, die zugesagten 3000 Franz zu erlösen. Auf eine diesbezügliche Mahnung drohte der großherzige Edelmann mit Zensur, Kollage und Gefängnis.

Erst auf Intervention des Barons Serra, des französischen Gesandten in Dresden, erfolgte eine Abschlagszahlung. Im März 1813 raffte sich endlich der hohe Herr zu der Tat auf, Pauline zu unterrichten, daß er die Pension auf 1000 Franz herabgesetzt habe und „par grace et par bonté die Erziehung eines Kindes, das er nie als das seinige anerkannt, übernehmen wolle“. Auf einmal wurde also, der „bel ange“, der holbe Engel, glatt veräußert, trotzdem Herzog Ernst einmal aus Amorbach an Pauline geschrieben hatte, wie erkaunt seine Richte über die Zehnlichkeit des Kleinen mit ihm sei. Dätten nicht der Wirt der Doteis de Volagne, der österreichische Gesandte Graf Esterhazy und einige Franzosen in Dresden sich der Kermisten erbarmt, so wäre sie mit ihrem Kinde aufs Betteln angewiesen gewesen, denn Arbeit gab die bürgerliche Gesellschaft einer unehelichen Mutter damals nie.

Als die Russen nach Sachsen kamen, begab sich Pauline wieder nach Frankfurt am Main. Einen zufälligen Besuch in Frankfurt benutzte der Herzog, die Mutter zu beschimpfen und das Kind zu schlagen.

Nun wandte sich Pauline an den Großfürsten Konstantin, den Schwager des Herzogs. Das ging natürlich Exensivismus wider den Strich, und er ließ alle Wiener Springen, das Mädchen in Grund und Boden hinein schleichtzumachen. Aber der Kaiser kannte seine Pappenheimer, zog Erlaubigungen ein, deren Ergebnisse den Witterungen des Fürsten von Gottes Gnaden stracks zu widerstehen.

Im Dezember 1813 besuchte Konstantin die dürftige Wohnung Paulines. Von tödlicher Angst ergriffen, hatte sie sich verhehrt. Da sagte der Großfürst beim Anblick des Kleinen:

„Ah, da ist es, das verlassene Kind. Man wird kaum behaupten können, daß es nicht unser Verwandter, unser Neffe ist. Komm, laß dich umarmen, mein Kind!“

Konstantin sagte weiter zu Paulines Mutter: „Wahame, sagen Sie Ihrer Tochter, daß ich nicht mit schlechten Absichten herkomme. Ich will ihr Wohlergehen und das dieses Kindes sichern; es soll nicht gesagt werden, daß man in meiner Familie ein Kind im Stich gelassen hat. Ich werde wiederkommen... Vater, er? Man ist nicht Vater, wenn man sein Kind vernurmt! Herzog! Herzog! Er regiert über sechs Bauern und zwei Dorfbedier!“

Schluß folgt

Planwirtschaft und Sozialisierung

Bücher über die wirtschaftlichen Zeitprobleme

Als im Jahre 1919 Genosse Wissell Wirtschaftsminister war, trat er gemeinsam mit seinem Staatssekretär Richard von Wöllendorf, der übrigens jetzt Direktor bei der IG Farbenindustrie AG ist, mit einem Planwirtschaftsprogramm hervor, das aber von beiden sozialdemokratischen Parteien, sowohl von der Mehrheitssozialdemokratie wie von der damaligen U.P., abgelehnt wurde. Gegen die Vorzüge von Wissell und Wöllendorf wurde s. B. von Hilferding eingewandt, daß sie von Sozialismus keine Spur enthielten. Der ganze Plan geht dahin, den Unternehmer in seiner kapitalistischen Eigenschaft zu erhalten. Es ist schwer zu sagen, wie es gekommen wäre, wenn die sozialistischen Parteien sich für Wissells Planwirtschaftsvorschläge eingelassen hätten. Vielleicht wäre es doch gelungen, Maßnahmen durchzuführen, mit deren Hilfe man die grenzenhafte Kapitalvergeudung der Jahre 1924 bis 1929 hätte eindämmen können. Heute jedenfalls ist die Einsicht für die Notwendigkeit planwirtschaftlicher Maßnahmen in der Sozialdemokratie Allgemeines, und bis in großkapitalistische Kreise hinein sind Leute zu finden, die für eine Planwirtschaft, freilich unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, zu haben sind. So ist es begreiflich, daß jetzt eine recht umfangreiche Literatur entstand, die sich mit dem Problem der Planwirtschaft beschäftigt.

Die Geschichte einer Idee

In einem Buch „Der Weg zur sozialistischen Planwirtschaft“, Geschichte und Entwicklung einer Idee, gibt Genosse Dr. Otto Frieder ein Bild wieder, das für uns recht lehrreich sein kann. Vor dem Krieg lebte es die Sozialdemokratie ab, Pläne für den Aufbau des Zukunftsstaates aufzustellen. Früher hatten sich in anderer Weise ähnliche als Gedanken, vorher ansehnliche Pläne gelangten dabei nicht zur Geltung. Als die Sozialdemokratie im Jahre 1918 eine Macht erlangt hatte, von der sie sich kurz vorher noch nicht hätte träumen lassen, hat sich diese Stellungnahme geändert. Man begann erst jetzt zu prüfen, welche Maßnahmen man anwenden könnte, um den Sozialismus durchzuführen. Erst jetzt beschäftigte man sich mit dem Problem der Sozialisierung. Bei den Plänen von Wissell und Wöllendorf, die zum Teil auf Gedanken litten, die Walter Rathenau schon während des Krieges in seiner Schrift „Die neue Wirtschaft“ ausgesprochen hatte, war zwar insofern keine Sozialisierung vorzulesen, als privates Unternehmertum und privater Besitz grundsätzlich aufrechterhalten werden sollten. Aber durch Schaffung sozialistischer Selbstverwaltungskörper, bei deren Leitung auch Vertreter der Arbeiter und der Verbraucher beteiligt sein sollten, sollte auf eine planmäßige Gestaltung der Wirtschaft hingewirkt werden. Wissell wollte damit die Wirtschaft für den Sozialismus bereit machen, wo die Sozialisierung noch nicht möglich war. Man kann verschiedener Meinung darüber sein, ob die Durchführung der Wissell-Wöllendorfschen Pläne uns auf dem Wege zum Sozialismus weitergebracht hätte. Aber Frieder rügt mit Recht die Latenzlosigkeit dieser, die zwar Wissells Vorschläge ablehnten, aber nichts anderes und Besseres an seine Stelle setzten. Frieder führt dann die Versuche, in Deutschland eine Teilsozialisierung des Kohlenbergbaus durchzuführen, und bespricht das große sowjetrussische Experiment. So sei eine Frage an die Zukunft, ob die Sozialisierung den Weg zum Aufbau eines wirklich über als Staatskapitalismus zu kennzeichnenden sozialistischen Wirtschaftssystems zu einem wirklichen, von Volkswirtschaft getragenen und von Volkswirtschaft durchgeführten Sozialismus finden werde. In dem Schlusskapitel setzt Frieder auseinander, aus welchen Gründen in den Jahren 1918/19 die Sozialisierung nicht durchgeführt werden konnte.

Wenn uns die Situation wieder einmal die Macht in die Hand gäbe, so werde es darauf ankommen, daß wir uns dann eilig darüber sind, was wir mit dieser Macht anfangen.

Diese Aufgabe erscheint uns allerdings sehr berechtigt, und deshalb ist es gerade jetzt notwendig, daß wir uns mit dem Sozialisierungsproblem eingehend beschäftigen. Frieder vertritt den Standpunkt, daß Planwirtschaft und Sozialisierung untrennbar miteinander verbunden sind.

Zugewandt hat die Wahlung von Frieder insofern Gehör gefunden, als die Partei Sozialisierungspläne aufgestellt hat. Durch die Sozialisierung der Großbanken und der wichtigsten Großindustrien soll vor allem auch erreicht werden, daß in Zukunft nicht mehr so planlos Kapital zur Schaffung von Anlagen verwendet werden kann, deren Leistungsfähigkeit den zu erwartenden Bedarf weit übersteigt.

Die Zukunft des Kapitalismus

In einem Buch „Die Zukunft des Kapitalismus“ setzt sich Professor Werner Sombart, ein Mann, der einst dem Marxismus recht nahestand, sich aber im Lauf seines Lebens von ihm entfernte, mit dem Gedanken der Planwirtschaft auseinander. Während Frieder die Meinung ist, daß Sozialisierung und Planwirtschaft miteinander verbunden sein müssen, kommt Sombart zu dem Ergebnis, daß eine vollkommenere Planwirtschaft sich der größten Mannigfaltigkeit in der Wahl der Wirtschaftsform, Wirtschaftsbereitschaft und des Wirtschaftssystems befleißigen müsse. Planwirtschaft habe nicht ohne weiteres im Gegensatz zu freier Individualwirtschaft, sondern nur zu wilder kapitalistischer Plan- und sinnloser Wirtschaft. Eine Planwirtschaft müsse das Merkmal der Unflexibilität tragen. Zur Planung könne auch ein freigesetztes Verhalten gehören, namentlich im Bereich der Konsumtion. Sombart kommt aber bei der Besprechung der Mittel, die zur Durchführung der Planwirtschaft angewandt werden sollen, über Allgemeinheiten nicht viel hinaus. So sagt er, daß die Planwirtschaft sich auch moralischer und erzieherischer Mittel bedienen müsse, und daß es ohne autoritatives Eingreifen der öffentlichen Gewalt nicht angehe. Allerdings führt er auch aus, daß die Großbanken vor allem dazu berufen seien, durch eine planmäßige Kreditkontrolle zu regelnden Organen der Volkswirtschaft zu werden. Er sagt aber nicht, welche Maßregeln der Staat anwenden soll, um zu erreichen, daß diese Großbanken diese Aufgabe auch wirklich erfüllen. Erwähnt muß noch werden, daß sich Sombart zwar gegen die sogenannte Autarkisierung ausspricht, aber dem Wunsch Ausdruck gibt, daß wir durch die Reagrarisierung, durch Rückführung größerer Teile der Bevölkerung aufs Land, zu größerer nationaler Selbstständigkeit kämen. Wir müßten bestrebt sein, den Anteil unserer ländlichen Bevölkerung von 30 Prozent wieder auf den Anteil zu erhöhen, den sie nach der Fälschung von 1882 hatte. Dazu wäre zu bemerken, daß eine solche Reagrarisierung nur dann einen Sinn hätte, wenn ohne Vermehrung der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung nicht möglich wäre. Es kann aber kein Zweifel daran sein, daß ohne Vermehrung der landwirtschaftlichen Bevölkerung nur durch Anwendung besserer Verfahren die landwirtschaftliche Erzeugung erheblich vermehrt werden kann. In der Landwirtschaft kommt es ebenso wie in anderen Wirtschaftszweigen darauf an, ein möglichst günstiges Verhältnis zwischen dem Aufwand an menschlicher Arbeit und dem Ertrag herzustellen. Wird dieser Grundsatz nicht beachtet, so müssen entweder die Verbraucher die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu teuer bezahlen, oder die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Bevölkerung gestaltet sich so, daß sie ständig zur größten Unzufriedenheit und zu den ärgsten Klagen Anlaß gibt.

heftig vermehrt werden kann. In der Landwirtschaft kommt es ebenso wie in anderen Wirtschaftszweigen darauf an, ein möglichst günstiges Verhältnis zwischen dem Aufwand an menschlicher Arbeit und dem Ertrag herzustellen. Wird dieser Grundsatz nicht beachtet, so müssen entweder die Verbraucher die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu teuer bezahlen, oder die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Bevölkerung gestaltet sich so, daß sie ständig zur größten Unzufriedenheit und zu den ärgsten Klagen Anlaß gibt.

Lederers Arbeitsbeschaffungsplan

Genosse Professor Emil Lederer vertritt in seinem Buch „Planwirtschaft“ die Auffassung, daß freie Wirtschaft und Planwirtschaft nur prinzipielle Gegensätze seien, aber sich in Wirklichkeit nicht ausschließen. Dann entwickelt Lederer zunächst den Plan, Arbeitslose in stillgelegten Betrieben mit der Herstellung von Konsumgütern, Kohle, Wäsche, Kleidern und Wohnungen, für einander zu beschäftigen. Diese Arbeitslosen sollen ihre Unterstützung weiter erhalten. Ihre Erzeugnisse sollen aber nicht auf den Markt kommen, sondern verteilt werden, und zwar ausschließlich an Arbeitslose. Die Kosten für die Rohstoffe, soweit sie nicht im Inland von den Arbeitslosen erzeugt werden, sollen vom öffentlichen Haushalt getragen werden. Lederer glaubt, daß man durch Aufwendung von etwa 250 Millionen Mark ein Sechstel aller Arbeitslosen wird beschäftigen können. Bedeutsam an dem Plan Lederers ist, daß

die Arbeitsbeschaffung nicht, wie das gewöhnlich vorgeschlagen wird, durch sogenannte öffentliche Arbeiten, sondern durch Herstellung von Gebrauchsgütern erfolgen soll,

also durch die Erzeugung von Gütern, an denen heute ein großer Teil der Bevölkerung, besonders die Arbeitslosen, den schwersten Mangel leidet. Nur ist nicht einzusehen, warum man sich damit begnügen soll, die von den Arbeitslosen zu stellenen Güter nur an die Arbeitslosen selbst zu verteilen. Gelingt es überhaupt, auf dem von Lederer vorgeschlagenen Wege Arbeitslose in Arbeit zu bringen, so könnte man einen Teil der von ihnen hergestellten Güter auch dazu verwenden, um denjenigen, die die Mittel für die Arbeitslosenunterstützung aufbringen, in Form von Gebrauchsgütern ganz oder teilweise einen Gegenwert für ihre Leistung zu geben. Wenn aber die Mittel für die

Verlag von J. C. W. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1932.

Die Sprengung des Kapitalismus

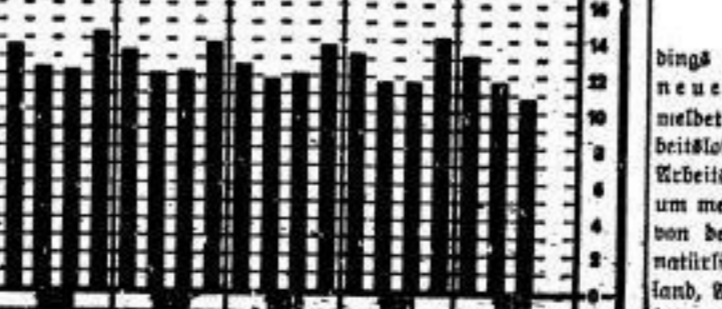
Ein Buch von Genossen Otto Leichter „Die Sprengung des Kapitalismus“, „Die Wirtschaftspolitik der Sozialisierung“ schildert zunächst die großen Wandlungen, die der Kapitalismus in den letzten Jahren durchgemacht hat. Die Konzentration sei in weitem Umfang ausgefallen, das gewaltige Wachstum für die ganze Weltwirtschaft bedeutungsvollen Unternehmungen bringe es mit sich, daß der Staat, wie sich das besonders in der deutschen Kreditkrise des Jahres 1931 zeigte, in weitestgehenden Unternehmungen, wie die Großbanken nicht einfach ihrem Schicksal überlassen könne. Er muß mit den Mitteln der Gesamtheit eingreifen. Dadurch aber werde die selbsttätige Reinigung der Wirtschaft in der Krise ausgefallen. Essentielle Wirtschaft und genossenschaftliche Wirtschaft haben stark an Bedeutung gewonnen. Die Sozialpolitik verwerfliche neue Entwicklungsstufen im Kapitalismus, indem sie versucht, die Grundzüge einer sozialen Verteilung durchzuführen. Von Bedeutung für die Wandlung des Kapitalismus durchzuführen. Von der Produktion gleichbleibend, immer größere Bedeutung gewonnen haben. Dadurch ist der Anreiz zu einer immer stärkeren Konzentration und immer weiter wachsenden Bindung in der Wirtschaft geschaffen. Die Wandlung des Kapitalismus habe es so weit dann weiter ausgeführt, mit sich gebracht, daß der Leistungsbereich der privatkapitalistischen Profitrechnung eingesenkt sei. Der Profit könne die Aufgabe, als Reiz für die kapitalistische Produktion zu dienen, vielfach nicht mehr erfüllen. Besonders deshalb, weil die freie Konkurrenz in so weitem Umfang eingeschränkt und die Beweglichkeit des Kapitals immer geringer geworden sei. Sei die Krise da, so kann der Weg, durch rasche Preisentwertung und gleichbleibendem Einkommen Absatz für die überflüssigen Waren zu schaffen, nicht gegangen werden, weil dann der Profit verschwindet. Mit kapitalistischen Mitteln sei in Wirklichkeit keine Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten möglich. Darum könne

der Ausweg aus der Krise nur darin bestehen und die Befreiung aus der Krise nur dadurch erreicht werden, daß durch bewußten Eingriff in die Wirtschaft die neuen Wirtschaftselemente und neuen Wirtschaftsgesetze planmäßig gefördert werden.

Es werde aber von der machtpolitischen Gestaltung abhängen, ob sich die neuen Wirtschaftselemente durchsetzen. Bei dem Kampf, den die sozialistischen Parteien heute führen, handelt es sich nicht nur um aktuelle Tagesfragen. Bei dem gegenwärtigen Stand der kapitalistischen Entwicklung führe jede neue Maßnahme schließlich über den kapitalistischen Bereich hinaus. An Stelle der Produktionskraft (Wirtschaftlicher Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt, wie ein möglichst hoher Profit zu erzielen ist) müsse eine gesamtgesellschaftliche Betrachtung treten. Die Unternehmerratschaft (Unternehmergesellschaft) sei zu beseitigen, um so schließlich eine sozialistische Planwirtschaft aufzubauen. Eine Planwirtschaft scheint Leichter nur möglich zu sein, wenn man auch gleichzeitig das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufhebe. Jede Planwirtschaft,

Verlag der Wiener Volkshochschulung, Wien VI, Gumpendorfer Straße 19.

Fleischverbrauch in Deutschland (Kilogramm pro Einwohner)



Die Statistik der Arbeitslosigkeit steigt noch immer. Die neuerdings vom Internationalen Arbeitsamt veröffentlichte neueste Statistik über die Arbeitslosigkeit im Jahre 1932 meldet aus nahezu allen Ländern ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosenzahlen. In Frankreich, in Irland und in Chile lag die Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr im Verhältnis zum Jahre 1931 um mehr als 100 Prozent. In den schon 1931 in schärfstem Ausmaß von der Arbeitslosigkeit heimgesuchten Ländern ist die Zunahme natürlich nicht mehr so stark. Der Steigerungssatz liegt in Deutschland, Australien, Oesterreich, Italien, Norwegen, Neuseeland, Großbritannien und Jugoslawien unter 50 Prozent.

Unterstützung der Arbeitslosen nicht mehr ohne jede Gegenleistung gegeben zu werden brauchen, so besteht wieder die Möglichkeit, die Abgabe für die Arbeitslosenunterstützung zu erhöhen und auf diese Weise größere Mittel für die Arbeitsbeschaffung bereitzustellen.

In einem weiteren Kapitel seines Buches beschäftigt sich Lederer mit der Frage, wieviel Planwirtschaft durch Kreditkontrolle möglich sei. Dabei weist er darauf hin, daß sich die Zweckbestimmung der Kreditkontrolle in neuerer Zeit wesentlich geändert habe. Früher sei sie ursprünglich nur zur Beschaffung von Kredit für den Aufbau von neuen Investitionen, in erheblichem Umfang zur Grundlage von neuen Investitionen, das führt aber dazu, daß die Bewegungsfähigkeit der Banken stark verringert wird, weil sie ihre Kredite, die in Anlagen festgelegt sind, nicht so leicht zurückzahlen können. So sei die Gesamtheit durch den Mangel an Kontrolle über die Verwendung von Geld und Kredit in einen Engpaß geraten. Lederer kommt dann zu der Forderung, es müsse eine öffentliche Stelle zur Kontrolle der Kreditbewährung geschaffen werden. Wenn diese Stelle eine vollständige Information über die Kredite erhalte, die den einzelnen Wirtschaftszweigen gewährt werde, wenn sie darüber hinaus auch über die wichtigsten Investitionen aus den eigenen Mitteln der Industrie Kenntnis erhalte, so vermöge sie sich ein Urteil über vermutlich drohende Fehlleistungen von Kapital zu bilden. Die Forderung nach einer solchen Kontrolle hat auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihre Sozialisierungsanträge bereits aufgenommen.

Bei einer ausreichenden Kreditkontrolle würden, so führt Lederer aus, insbesondere Kredite ausgeschlossen werden, deren Zweck die Finanzierung von Anlagen sei, für deren Erzeugnisse in absehbarer Zeit kein wirklicher kaufkräftiger Abnehmerkreis vorhanden sei. Damit würde erreicht, daß dann die Kapitalverwertung der übrigen Wirtschaftszweige besser würde.

Nach Lederers Auffassung sind Sozialisierung und Planwirtschaft zwei verschiedene Aufgaben. Sozialisierung sei grundsätzlich die Hebernahme eines Produktionszweiges in die Leitung und Verfügungsgewalt der Gesellschaft. Wenn 1918/19 die Kernfrage das Kapitalverhältnis gewesen, so sei es heute die Verteilung der Arbeitslosigkeit durch planmäßige Gestaltung der Produktion. In einem Schlusskapitel zeigt Lederer, daß in einer totalen, alles umfassenden Planwirtschaft die Anpassung der Produktion an den Bedarf, selbst wenn Fehlleistungen vorgekommen seien, sich weit leichter vollziehen würde als in einer kapitalistischen Wirtschaft und eine Massenarbeitslosigkeit nicht eintreten könne.

die etwa versuchen wollte, unter Aufrechterhaltung der Privateigentümer einen Gesamtplan der Wirtschaft durchzuführen, müßte notwendigerweise daran scheitern, daß die kapitalistischen Privateigentümer jeden Versuch einer planmäßigen Leitung der Wirtschaft sabotieren würden.

In dem Schlusskapitel beschäftigt sich dann Leichter mit dem Problem des Übergangszustandes zum Sozialismus, dem Staatskapitalismus. „Ein Kapitalismus“, so sagt Leichter, „der vom Staat reguliert werden muß und in dem der Staat vielfach Führer der Wirtschaft oder Instanz der Kapitalanlage ist, also ein Kapitalismus, in dem entscheidende kapitalistische Funktionen von den privaten Kapitalisten bereits auf andere Organe übergegangen sind — das ist im wesentlichen der Staatskapitalismus.“ Die Wirtschaft sei politisch viele innere Widersprüche eigen. Die Wirtschaft sei politisiert, ohne wirklich planmäßig zu sein. Ein Rückschritt zu einer freien kapitalistischen Wirtschaft sei nicht mehr möglich, aber wohl eine Milderung von der heutigen, wenigstens in Mitteleuropa schon vielfach mit staatskapitalistischen Elementen durchsetzten Entwicklung zu der Wirtschaftsverfassung, die unmittelbar vor dem Durchbruch der staatskapitalistischen Wirtschaftselemente gehergert habe. Die steigende Angst der Bourgeoisie vor der Machtergreifung des Sozialismus habe zur Folge, daß die kapitalistischen Kreise versuchen, die Demokratie zu beseitigen, indem sie ein Bündnis mit den Faschisten schließen. Das beste Mittel gegen die drohenden Gefahren sei

eine Politik, die gerade den auf die Verwirklichung der sozialistischen Zukunft gewandten Teil der sozialistischen Erziehungs- und Agitationsarbeit hervortreten lasse.

Es ist leider hier nur sehr unvollkommen möglich, ein halbwegs ausreichendes Bild von dem Inhalt des Leichterschen Buches zu geben. Es muß einem jeden empfohlen werden, der sich mit den schweren Problemen vertraut machen will, vor die die Sozialdemokratie jetzt gestellt ist.

Soweit in den vorliegenden Schriften über das Verhältnis zwischen Sozialisierung und Planwirtschaft gesprochen wurde, stoßen wir auf zwei gegensätzliche Auffassungen. Der auf bürgerlichem Standpunkt stehende Professor Sombart glaubt, daß Planwirtschaft auch mit kapitalistischer Wirtschaft durchaus vereinbar sei, während Leichter betont, daß jeder Versuch, unter Aufrechterhaltung des Privateigentums einen Gesamtplan der Wirtschaft durchzuführen, notwendigerweise scheitern müsse. Leichter hat sicher insofern recht, daß eine in jeder Beziehung vollendete Planwirtschaft, die das Wirtschaftsleben allenfalls dort erfasst, wo überhaupt Planwirtschaft einen Sinn haben kann, erst nach völliger Durchführung der Sozialisierung zu erreichen ist. Damit ist aber nicht gesagt — und das ist auch nicht die Meinung Leichters —, daß mit der Durchführung planwirtschaftlicher Maßnahmen erst dann begonnen werden soll, wenn der Sozialismus verwirklicht wird. Es wäre zweifellos schon wesentlich erreicht, wenn es gelänge, durch eine Kreditkontrolle zu verhindern, daß so unflüchtig drauflosgewirtschaftet und drauflosgebaut wird, wie wir das in den Jahren 1924 bis 1929 in Deutschland und in anderen Ländern erlebt haben.

Die Statistik der Arbeitslosigkeit steigt noch immer. Die neuerdings vom Internationalen Arbeitsamt veröffentlichte neueste Statistik über die Arbeitslosigkeit im Jahre 1932 meldet aus nahezu allen Ländern ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosenzahlen. In Frankreich, in Irland und in Chile lag die Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr im Verhältnis zum Jahre 1931 um mehr als 100 Prozent. In den schon 1931 in schärfstem Ausmaß von der Arbeitslosigkeit heimgesuchten Ländern ist die Zunahme natürlich nicht mehr so stark. Der Steigerungssatz liegt in Deutschland, Australien, Oesterreich, Italien, Norwegen, Neuseeland, Großbritannien und Jugoslawien unter 50 Prozent.

1 Verlag J. C. W. Mohr, Berlin, Lindenstraße 3.
2 Verlag Buchholz u. Reichwange, Verlagbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg, II.